

Franken und Südtirol

Zwei Kulturlandschaften im Vergleich

Akten der internationalen Tagung
vom 1. bis 3. März 2007
an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg

herausgegeben von
HELMUT FLACHENECKER und HANS HEISS

Redaktion
MIRJAM GESSLER und URSULA STAMPFER

Veröffentlichungen des Südtiroler Landesarchivs
Pubblicazioni dell'Archivio provinciale di Bolzano
Band/volume 34

SONDERDRUCK

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
HANS HEISS / HELMUT FLACHENECKER Die Nähe des Fernen. Die Geschichtslandschaften Franken und Südtirol	9
Identität heute	
PAUL BEINHOFER Identität heute – Franken in Bayern	29
Integrationsfaktor Kirche	
JOSEF MICHAELER † Die Friedenaufgabe der Kirche in Südtirol	35
PAUL-WERNER SCHEELE Das Bistum Würzburg im werdenden Europa	41
Zwischen Nation, Region und EU	
MICHAEL GEHLER Südtirol zwischen tirolischer Regionalisierung und europäischer Integration – ein Überblick über die politische Entwicklung von 1945 bis zur Gegenwart	53
PAUL-LUDWIG WEINACHT Franken als Zielpunkt der EU. Vom Brüsseler Einfluss	83
Der Zugriff der Zentralen	
RUDOLF LILL Der Zugriff der Zentralen? Der italienische Nationalismus' und Südtirol (1848–1948)	99
DIRK GöTSCHMANN Franken im Griff der bayerischen Verwaltung	111

Südtirol zwischen tirolischer Regionalisierung und europäischer Integration – ein Überblick über die politische Entwicklung von 1945 bis zur Gegenwart

MICHAEL GEHLER

Vorbemerkung

Die Annexion Südtirols durch Italien 1920, die Jahre der faschistischen Herrschaft ab 1922, Hitlers Machtergreifung 1933, der Anschluss Österreichs 1938, die Option 1939 und damit die Umsiedlung Zehntausender Südtiroler – ein „Härteest“ (Hans Heiss) – und die deutsche Militärverwaltung der Operationszone Alpenvorland (OZAV) ab 1943 sind einschneidende Daten der Geschichte des südlichen Landesteils von Tirol. Das Kriegsende und die Gründung der Südtiroler Volkspartei (SVP) am 8. Mai 1945, die „Sammlung als Vorstufe der Ethnisiierung“ (Heiss), das Pariser Abkommen vom 5. September 1946, das Erste Autonomiestatut 1948, die Schritte zur Internationalisierung ab 1959, die beiden UNO-Resolutionen 1960/61, die Zuspritzung der Lage im Zuge der Bombenanschläge der sechziger Jahre, das Zweite Autonomiestatut 1972 und die Streitbeilegungserklärung vor den Vereinten Nationen 1992 waren weitere wesentliche Stationen der politischen Geschichte Südtirols im 20. Jahrhundert.¹

Italienische und deutsche Nationalismen waren es, die auf Südtirol und Südtiroler einwirken – einen genuin österreichischen Nationalismus gab es so gut wie nicht. Allerdings spielten der Deutschturanalismus und ein nicht zu unterschätzender Pan-tirolismus in den letzten Jahren der Habsburgermonarchie eine wichtige Rolle.² Es ist nachvollziehbar, nationalistische Tendenzen für die Entwicklungen im Tirol südlich des Brenners nach dem Ersten Weltkrieg verantwortlich zu machen. Sie wirkten nach 1945 weiter. Dagegen traten Europäisierungstendenzen lange zurück. So galt es, den

¹ Zu den historischen Grundlagen der Regionalisierung, ihren Möglichkeiten und Grenzen siehe Hans Heiss, Fortschritt und Grenzen des Regionalismus. Südtirol nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Michael G. Müller/Rolf Perna (Hrsg.), Die Nationalisierung von Grenzen. Zur Konstruktion nationaler Identität in sprachlich gemischten Grenzregionen, Marburg 2002, S. 199–229, hier 203–209; siehe auch Valentina BERGONZI/Hans HEISS, Progetti e limiti del regionalismo. L'Alto Adige/Südtirol dopo la Seconda guerra mondiale, in: Memoria e Ricerca 15 (2004), S. 79–99; zur Rolle von Geschichte, Geschichtsschreibung, Südtirols siehe Michael GEHLER, Vergangenheitspolitik und Demokratienentwicklung südlich des Brenners. Überlegungen zur „alten“ und „neuen“ Zeitsgeschichtsschreibung Südtirols, in: Christoph von HARTKUNGEN/Hans Heiss/Günther PALLAVERI/Carlo ROMEO/Martha VERDORFER (Hrsg.), Demokratie und Erinnerung. Südtirol – Österreich – Italien. Festschrift für Leopold Steurer zum 60. Geburtstag, Innsbruck/München/Bozen 2006, S. 107–124.

² Rudolf LILL, Südtirol in der Zeit des Nationalismus, Konstanz 2002, S. 32.

„Kampf gegen Rom“ (Claus Gatterer) aufzunehmen und das „Leben und Überleben“ (Rolf Steininger) der deutschsprachigen Minderheit in Italien zu sichern.³

Der europäische Rahmen war zunächst schwach, wurde aber stärker und erwies sich letzten Endes – wirkmächtiger geworden – als hilfreich für das Gelingen von Regionalisierungskonzepten im tirolischen Raum. Im Zuge der verblassenden Nationalismen und im Zeichen eines mehr und mehr zusammenwachsenden Europas in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts konnte sich die Autonomie Südtirols als rechtsstaatlich verankerte und international abgesicherte demokratische Lösung behaupten. War hierfür auch der abnehmende italienische Nationalismus verantwortlich, dessen Virulenz allmählich nachließ? Es war ein italienischer Nationalismus, der sich mäßigte und es ermöglichte, dass Italien zu einem konstruktiven Bilateralismus mit Österreich überging und – über den Inhalt des Gruber-De Gasperi-Abkommens von 1946 weit hinausgehend – verhandlungsbereit und ergebnisorientiert war.

Die Lösung des Südtirolkonflikts sieht der deutsche Historiker Rudolf Lill in der „Europäisierung“, die in den Grenzgebieten „am schnellsten Wurzeln schlagen“ konnte. In diesem Zusammenhang verweist er auf die viel zitierten „historischen Väter Europas“ Konrad Adenauer, Robert Schuman und Alcide De Gasperi, allesamt Christdemokraten, räumt jedoch ein, dass dieses (parteipolitische und ideologiebefrechte) Argument von Zweideutigkeiten und Widersprüchen nicht frei ist. Im „Wiederaufbauprozess“ nach 1945 habe es „auch Ambivalenzen zwischen National und Europäisch“ gegeben. Tatsächlich waren europäische Politikkonzeptionen der Jahre 1945 bis 1950 noch nationalstaatlichen Ideen verpflichtet und diesen letztlich unterlegen. Auch wenn De Gasperi Südtirolpolitik ihren Ausgangspunkt in der österreichisch-ungarischen Monarchie⁴ und ihre Vorläufer in den Autonomieprojekten der Jahre nach dem Ersten Weltkrieg (1919–1922) hatte,⁵ wurden diese nach 1945 nicht aufgegriffen. Nach 1945 wurden wieder italienische Autonomievorschläge unterbreitet, die abermals unter einem ungünstigen Stern standen. Im republikanisch-demokratischen Italien sollte sich De Gasperi selber als Ministerpräsident als zu schwach bzw. nicht willens genug erweisen, um den Südtirolern eine reale und tragfähige Autonomie zu ermöglichen. Eine Autonomie für Südtirol kam für ihn nur zu italienischen Bedingungen in Frage.⁶ Das war die Ausgangskonstellation der Südtiroler Politik der späten 1940er- und 1950er-Jahre.

Nationalstaatliche Lösung mit ersten tirolischen Regionalisierungsvorhaben: Südtirols Autonomie im Kühlschrank des Kalten Krieges 1945/46–1958

Nach dem Zweiten Weltkrieg war in Tirol die Hoffnung auf die „Rückkehr“ des südlichen Landesteils weit verbreitet. Österreichweit organisierte der aus Südtirol stammende Innsbrucker Völkerrechtler Eduard Reut-Nicolussi Kundgebungen für die Rückgliederung, bei denen Zehntausende auf die Straßen gingen und sich auf Plätzen versammelten, um sich mit den Südtirolern zu solidarisieren.⁷ Die Südtirolfrage wurde 1945/46 nicht nur als gesamtösterreichisches, sondern auch als gesamtösterreichisches Anliegen begriffen, als ein parteien- und schichtenübergreifendes Konsensthema, das eine nationale Solidarisierung ermöglichte. Europabeziege fehlten. Wenn, dann wurde nicht an „Europa“ gedacht, sondern an das „Weltgewissen“ der soeben aus der Taufe gehobenen Vereinten Nationen (UNO) appelliert.

Am 21. Dezember 1945 folgte eine Erschließung des österreichischen Nationalrats. Bundeskanzler Leopold Figl führte zu den Grundsätzen und Zielen der Regierung u. a. aus: „Wir wollen nicht von der Ungerechtigkeit gewisser Grenzziehungen vom Jahre 1918 reden, aber eines ist uns kein Politikum, sondern eine Herzenssache, und das ist Südtirol. Seine Rückkehr nach Österreich ist ein Gebet jedes Österreichers.“ Reut-Nicolussi wie Figl argumentierten national-österreichisch und österreichhpatriatisch. Europabeziege waren in ihren Aufrufen und Reden kaum oder nicht gegeben. „Europa“ kam als Hoffnungsformel und Zukunftsperpektive erst ab den 1950er-Jahren zum Vorschein.

Bei einer Großkundgebung in Innsbruck am 22. April 1946 wurden Figl vor dem Stadtheater 155.000 in Südtirol und unter den Umsiedlern in Österreich gesammelte Unterschriften für die Rückkehr zu Österreich überreicht.⁹ Doch die Wünsche nach einer Volksabstimmung bzw. Selbstbestimmung wurden nicht erfüllt. Die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs entschieden den Verbleib Südtirols bei Italien. Als Reaktion auf den Beschluss der Außenministerkonferenz in Paris vom 1. Mai 1946 gegen die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts erfolgte ein halbjähriger Generalstreik in Tirol. Zehntausende gingen für die Landeseinheit auf die Straße und marschierten zum Andreas-Hofer-Denkmal auf den Bergisel, dem positiven „Gedächtnisort“ der Tiroler, „dem zentralen Kampfschauplatz von 1809“,¹⁰ um dort ihrem Unmut

⁷ Siehe hierzu Michael GÄHLER, Eduard Reut-Nicolussi und die Südtirolfrage 1918–1958. Streiter für die Freiheit und die Einheit Tirols 1. Biographie und Darstellung (Schlem-Schriften 333/1), Innsbruck 2007; DERS., Eduard Reut-Nicolussi und die Südtirolfrage 1918–1958. Streiter für die Freiheit und die Einheit Tirols 2. Dokumentenedition, vorwiegend aus dem Nachlass (Schlem.-Schriften 333/2), Innsbruck 2007.

⁸ Zit. nach Michael GÄHLER (Hrsg.), Verspielte Selbstbestimmung? Die Südtirolfrage 1945/46 in US-Geheimdienstberichten und österreichischen Akten. Eine Dokumentation (Schlem.-Schriften 302), Innsbruck 1996, S. 592.

⁹ Zit. nach ebenda, S. 598; vg. auch „Historische Stunden in schwerer Zeit“, in: Herbert BUZAS (Hrsg.), Innsbruck hilft sich selbst. Die Landeshauptstadt bei Kriegende und zwei Jahre später. Ein Bild-Dokument aus schwerer Zeit mit 65 Photos und Zeichnungen, Innsbruck 1947, S. 15.

¹⁰ Pierre NORA (Hrsg.), Les lieux de mémoire, 7 Teil-Bde., Paris 1984–1992; vg. auch DERS., Zwischen Geschichte und Gedächtnis (Kleine kulturwissenschaftliche Bibliothek 16), Berlin 1990;

³ Claus GATTERER, Im Kampf gegen Rom. Bürger, Minderheiten und Autonomien in Italien, Wien 1968, S. 976–982; Rolf STEINTINGER, Südtirol im 20. Jahrhundert. Vom Leben und Überleben einer Minderheit, Innsbruck/Wien/München 1997, S. 421–433.

⁴ LILL, Südtirol (wie Anm. 2), S. 31.

⁵ Ebenda, S. 64 f.

⁶ Ebenda, S. 263.

gegen die Entscheidung der Siegermächte Luft zu machen, die gleichzeitig auch Besatzungsmächte in Österreich waren. Der Protest richtete sich gegen die Beibehaltung des negativen Gedächtnisortes der Tiroler Geschichte, des Brenners als Grenze. Auf Schloss Sigmundskron bei Bozen kam es – schon elf Jahre vor der legendären Kundgebung von 1957 – ebenfalls zu einer großen Massenkundgebung: Am 5. Mai 1946 versammelten sich an die 20.000 Menschen zu einer Großveranstaltung für das Selbstbestimmungsrecht, bei der SVP-Obmann Erich Amann mit den Worten „Herr, mach uns frei!“ schloss.¹¹

Es herrschte lange Zeit kein Verständnis für das Gruber-De Gasperi-Abkommen, das in Tirol, besonders aber in Südtirol im Laufe der Jahre als untaugliches Instrument für den Minderheitenschutz angesehen wurde, zumal die damit verbundene Autonomie nicht ausschließlich für den südlichen Landesteil, die Provinz Bozen, zustande kam, sondern für die gesamte Region „Trentino-Tiroler Fischland“, verbunden mit einer italienischen Mehrheit. Frustration entstand, weil die Festbeschreibung des territorialen Status quo, d. h. des Verbleibs von Südtirol bei Italien, durch diese (Schein-)Lösung nicht genügend kompensiert wurde. Abgesehen davon bedeutete die Südtirolfrage für den daran lange desinteressierten italienischen Staat einen schwelenden inneren Krisenherd, der an sich laufende Aufmerksamkeit erfordert hätte und durch seine möglicherweise dynamisierbaren zentrifugalen Kräfte auf andere Regionen ansteckend hätte wirken können. De Gasperi war sich dessen wohl bewusst, aber primär bestrebt, „seine“ Trentiner in die Autonomie mit den Südtirolern einzubziehen, „und dies kraft eigenen italienischen Rechts“.¹² Eine Internationalisierung der Frage unter UNO-Aufsicht oder ein Kondominium, Lösungen, wie sie Österreichs Außenminister Gruber 1945/46 lancierte, lehnte er ab. De Gasperi strebte eine regionalistische und national-italienische Lösung an. Wenn Rudolf Lill davon spricht, dass die Südtiroler mit dem zwischen De Gasperi und Gruber ausgetauschten Pariser Abkommen vom 5. September 1946 „unter internationaler Garantie“ gestellt worden seien, so ist dies bestens eine Halbwahrheit. Tatsache ist: Es gab keine solche Garantie. Kein Staat der Welt (außer Österreich) sah sich in weiterer Folge – jedenfalls bis 1959/60 – veranlasst, für die Südtiroler einzutreten und die von Seiten Italiens erfolgten Autonomieverhandlungen zu beantworten, auch wenn die Vereinbarung im Annex des italienischen Friedensvertrags von 1947 verankert worden war. Das Abkommen war primär eine bilaterale Lösung. Es wurde im Westen als zwischenstaatliche Vereinbarung interpretiert, worauf die Briten auch im Vorfeld der Unterzeichnung des Pariser Abkommens gedrängt hatten, um sich von der moralischen Mitverantwortung für den Londoner Vertrag (1915), in dem Italien für den Kriegseintritt auf Seiten der Entente Südtirol versprochen worden war, freizumachen.

Die „Annahme der Autonomie“ durch Südtiroler und Österreich im Jahre 1946 bedeutete laut Lill „den Verzicht auf die Selbstbestimmung“,¹³ was falsch ist, zumal

Österreich und Südtiroler lediglich von der Forderung nach einer Volksabstimmung abgesehen hatten, nicht aber einem Verzicht auf die Selbstbestimmung leisten wollten, geschweige denn konnten. Selbst der sonst in der Südtirolpolitik nachgiebige Gruber ließ sich dies von italienischer Seite nicht abringen und widersetzte sich in diesem Falle erfolgreich.

Bemerkenswert ist, dass Gruber, der im Unterschied zu Adenauer, Schuman und De Gasperi am wenigsten mit nationalen Anliegen und nationalistischen Herausforderungen im eigenen Lande zu kämpfen hatte, nicht zu diesen europäischen Wegbereitern gerechnet, aber in seiner Südtirolpolitik 1945/46 durchaus kritisch gesehen wird, obwohl er aufgrund seiner Komprormissbereitschaft in dieser Frage weit weniger nationalistisch und viel mehr „europäisch“ handelte als De Gasperi. Während Gruber das Pariser Abkommen in Österreich als europäische Lösung darzustellen versuchte und damit auch als „Europäer“ erscheinen konnte, avancierte De Gasperi, der in Italien als „austriacane“ galt und dessen Irakianità im eigenen Land in Zweifel gezogen wurde, mit der Rettung Südtirols für Italien zum Nationalitaliener, indem seine Leistung (Südtirol für Italien gerettet zu haben) nun als wirksamer Akt zur Wahrung nationaler Interessen interpretiert werden konnte.¹⁴ Die Stilisierung seiner Südtirolpolitik als „europäisch“ erfolgte erst später und deckt sich nicht mit dem historischen Verlauf. De Gasperis Politik verfügte 1945/46 weder über die notwendige europäische Qualität noch über das Durchsetzungsvermögen gegenüber einer römischen Bürokratie von ehemaligen Getreuen des Mussolini-Regimes. Auch seine Trentiner DC¹⁵-Verbündeten vermochte er nicht zu einer südtirolfreundlichen Richtung zu bewegen – sofern er es denn überhaupt wollte! De Gasperi hegte Aversionen gegen die Südtiroler, die mit seiner eigenen Biografie und Südtirols Haltung seit der Optionszeit zusammenhingen.¹⁶

Seine Wende hin zu einer europäischen Politik auf europäischer Integrationsebene fand, wie die Zeitgeschichtsforschung zur italienischen Nachkriegspolitik gezeigt hat, erst ab Beginn der fünfziger Jahre statt.¹⁷ Für eine wirksame Südtiroler Autonomie kam dieser Wandel zu spät. Für die Südtiroler bedeutete De Gasperi Politik letztlich eine „doppelte Majorisierung“, einerseits im Zentralstaat Italien und andererseits die Festschreibung der Region mit dem Trentino: Das war eine nationale und regionale, aber keine europäische Lösung. Dazu wurden erst später Voraussetzungen durch die Südtiroler eine Autonomie gewährende italienische Politik von Aldo Moro in den Siebzigern und Giulio Andreotti Anfang der neunziger Jahre geschaffen.

Die Region Trentino-Tiroler Eischland bezeichnete Lill bezüglich der Politik De Gasperis als „eine seiner Meisterleistungen, [...] weil sie die Brenngrenze für Italien sicherte“, die „international aufgeladene Spannung um Südtirol momentan beruhigte“ und „das Konzept der Regionalisierung in die italienische Staatsstruktur eingebbracht

¹⁴ Siehe auch Michael GEHLER, Im Spannungsfeld zwischen Region, Nation und Europa. Alcide De Gasperi, Südtirol, das Trentino und Österreich (1945–1954), in: Annali dell’Istituto storico italo-germanico in Trento/Jahrbuch des italienisch-deutschen Instituts in Trient 30 (2004), S. 407–434.

¹⁵ Democrazia Cristiana, politische Partei in Italien 1942–1993.

¹⁶ LILL, Südtirol (wie Anm. 2), S. 233.

¹⁷ Ralf MAGAGNOLI, Anregungen zu einer Neubewertung der Europapolitik Alcide De Gasperis, in: Journal of European Integration History 4 (1998), S. 27–53.

hat“.¹⁸ Lill unterlässt zwar nicht, auf die Versäumnisse und die Verschleppung der italienischen Autonomieversprechen hinzuweisen, zumal diese die Region zum Streitobjekt machten, aber er verzichtet auf eine genauere Deutung und Reflexion des Begriffs der „Regionalisierung“ im Verständnis von De Gasperi. Unter „Regionalisierung“ verstand dieser nämlich wohl nicht ein europäisches, minderheitenfreundliches Konzept im modernen, fortgeschrittenen Sinne einer progressiven und dynamisierbaren Autonomie, sondern ein nationalstaatliches, regionalistisches Konzept bestensfalls im Status quo-orientierten, wenn nicht sogar im regressiven und rückwärtsgewandten Geiste. Nicht nur das „Los-von-Trient“ der Südtiroler Volkspartei war eine Folge der nationalitalienischen und auf die Region konzentrierten Südtirolpolitik De Gasperis, sondern auch die Radikalisierung in den 1960er-Jahren. De Gasperi sah nicht nur einen sich weiterentwickelnden Autonomieprozess für Südtirol voraus, er befürchtete diesen auch als Anfang vom Ende der italienischen Kontrolle und Herrschaft über die Südtiroler. Was man heute als „europäische Lösung“ mehr außerhalb Südtirols als in Südtirol selbst tituliert und würdigt, hatte De Gasperi wohl so nie vorgeschwebt. Südtirols heutige Autonomie ist weit über das hinausgegangen, was der Altösterreicher und Neueritaliener selbst 1945/46 zu gewähren bereit war.

Gruber hatte das Pariser Abkommen in der etwas naiven Hoffnung auf dauerhafte Freundschaft mit Italien unterzeichnet. Eine formelle Befassung durch das österreichische Parlament konnte er verhindern. Das Abkommen als „Zwischenlösung“ innerpolitisch durchgebracht, d. h. gegen eine starke Gegnerschaft auch in der eigenen Partei und unter seinen Landsleuten in Tirol behauptet zu haben, war eine politische Leistung. Es war jedoch nicht, wie von der Österreichischen Volkspartei – wohl innerpolitisch motiviert – behauptet wurde, das „Maximum des Möglichen“, weil Gruber nachweisbar im Vorfeld des Abkommens verhandlungstraktische Fehler begangen und bewusste Rückichtnahmen auf Rom in Kauf genommen sowie die aus der Aufrechterhaltung des Plebiszirverlangens und der Südtiroler Forderungen nach Selbstbestimmung erwachsenden verhandlungsspezifischen Möglichkeiten gegenüber Italien vorzeitig aus der Hand gegeben, ja verspielt hatte. Autonomiepolitisch wäre in Paris mehr erreichbar gewesen, weil das für De Gasperi belastende Südtirolproblem die Revisionspolitik mit Blick auf Istrien und Triest schwer behinderte und internationaler Druck zum Abschluss einer autonomiepolitisch substantiellen Vereinbarung vorhanden war. Die Briten wollten am endgültigen Vertragstext noch Veränderungen (Nachbesserungen) anbringen (sie hatten diesen in der Endphase des Austausches zwischen dem Chefunterhändler De Gasperis Nicolo Carandini und Gruber vor der Unterzeichnung nicht mehr zu Gesicht bekommen), der Text war aber schon unterschrieben.¹⁹

Italien blieb fortan in einer weit günstigeren Position als das von vier Mächten bis 1955 besetzte Österreich. Rom saß stets am außenpolitisch-international längeren Hebel, weil es im Vergleich zu Wien eine europapolitische Macht darstellte und damit auch eine integrationspolitische Einspruchsmacht blieb. Italien war OEEC- (1948), NATO- (1949), WEU- (1954) und EWG-Gründungsmitglied (1957). Damit wurde es zu einem unentbehrlichen Partner des Westens, vor allem der USA. So bildeten auf

internationaler Ebene der Ost-West-Konflikt im Allgemeinen und der Krieg im Besonderen nicht unwe sentliche Rahmenbedingungen für die anhaltende Stagnation bei der Behandlung des Südtirolproblems in den ersten Nachkriegsjahrzehnten. Dies führte auch dazu, dass ein durchgreifender Erfolg bis in die neunziger Jahre ausblieb. Der Kalte Krieg fraß gleichsam die ungelösten Fragen dieses Minderheitenproblems ein. Er erwies sich als hemmend für die autonomepolitischen Ziele der deutschsprachigen Südtiroler und der Ladiner, schien doch durch eine Konfliktverschärfung der gemeinsame antikommunistische Grundkonsens in Bezug auf eine wichtige europäische Region in Frage gestellt zu sein.

Ausgehend von der 1945/46 nicht realisierten Selbstbestimmung für Südtirol erfolgten weitere Initiativen zur Wiederherstellung der Einheit bzw. zur Überwindung der Teilung Tirols, die mehrfach von Nordtirol, insbesondere von Bozen und Innsbruck bzw. aufgegriffen und propagiert wurden. In der Regel erfolgten diese in Abstimmung mit der Südtiroler Volkspartei, während Italien diese Projekte wiederholt kritisch bis argwohnisch beobachtete und zu verwässern, wenn nicht zu verhindern versuchte (so z. B. das auf wirtschafts- und handelspolitischer Ebene zwischen Österreich und Italien geschlossene „Accordino“ vom 12. Mai 1949).²⁰ Auf intellektuell-akademischer wie journalistischer Ebene folgte der Versuch einer „Europäisierung der Südtirolfrage“ – in Form von wiederholten Verweisen auf die europäische Verantwortung bei der Lösung der Streits – seit Ende der sechziger bis in die sechziger Jahre. Konkreter war die auf interregionaler Ebene grenzüberschreitende Initiative der „Arbeitsgemeinschaft Alpenländer“ (ARGE ALP), gegründet am 12. Oktober 1972. Schließlich folgte die auf verbandsadministrativer Ebene initiierte grenzüberschreitende Kooperation der „Europaregion Tirol“ seit Mitte der neunziger Jahre. Diese Initiativen sollen in diesem Beitrag etwas näher vorgestellt werden.

Das wenige Tage nach der Gründung des Europarats geschlossene Accordino war als „Tiroler Freihandelszone“ gedacht. Die wirtschaftlichen Nachteile, die durch die Trennung Tirols entstanden waren, sollten mit Hilfe eines freien Waren- und Güter austauschs ausgeglichen und das Pariser Abkommen mit seinen politischen Klauseln (Autonomie für Südtirol, Rücksiedlung der Optanten) aktiviert werden. Das Projekt geht auf das Frühjahr 1947 zurück. Führende Akteure waren Vertreter der Handels kammern in Bozen und Innsbruck, u. a. Walter von Walther und Fritz Miller. Daneben sind der österreichische Handelsminister a. D. Guido Jakonig, der Wiener Ministerialrat Hans Augenthaler, der Südtiroler Politiker Walter Amann, Richard von Mackowitz sowie Luigi Rocco Biamino zu nennen. Im Frühjahr 1948 fand in Zürich ein Treffen mit Adolf Berthold und anderen Wirtschaftsvertretern aus Vorarlberg statt, das zur Einbeziehung des „Ländles“ führte. Im weiteren Verlauf schaltete sich der Industrie-, Handels- und spätere Außenhandelsminister Italiens Ivan Matteo Lombardo ein. Im September 1948 fand im Palazzo Chigi in Rom eine erste Aussprache statt, an der römische Diplomaten und die Präsidenten der Handelskammern von Bozen und

¹⁸ Lill, Südtirol (wie Anm. 2), S. 269.
¹⁹ GEHLER, Verspielte Selbstbestimmung? (wie Anm. 8), S. 557–570.

²⁰ Siehe den Tiroler und österreichischen Entwurf sowie den italienischen Gegenentwurf: Ulrich KOHT, Das Accordino. Vorgeschichte, Entscheidung und wirtschaftliche Folgewirkung unter besonderer Berücksichtigung Südtirols, ungedr. Diplomarbeit, Wien 1993, S. 43–55.

Trent teilnahmen. Anfänglich gab die österreichische Seite die Initiative vor, 1948/49 übernahm jedoch Italien stärker die Führung. Im Januar und Februar 1949 kam es zu Verhandlungen aller Parteien in Rom, die im Mai zum erwähnten Abschluss führten.²¹ Das Accordino ermöglichte zwar einen erleichterten präferenziellen Warenverkehr für das Trentino, Südtirol, Tirol und Vorarlberg, die Vereinbarung wurde aber erst nach dem problematischen Ersten Autonomiestatut und dem Optantendekret von 1948 geschlossen und tendenziell restriktiv ausgelegt (Austausch gewisser Mengen von charakteristischen Produkten über zwei Warentümmlisten), sie diente jedoch später immerhin als wichtiges Gesprächsforum in einer Phase der gespannten Beziehungen zwischen Wien und Rom.²² In den ersten Jahrzehnten brachte das Accordino wirtschaftliche Vorteile für die begünstigten Gebiete und gewisse Produkte. Es verlor mit den 1972 geschlossenen Freihandelsabkommen zwischen Österreich und der EWG für industriell-gewerbliche Güter jedoch an Bedeutung.²³

Auf der inneritalienischen Ebene kam es, was Südtirol betrifft, in den fünfziger Jahren zu einem zweifachen Konfliktfeld: das inneritalienische Spannungspotential mit Rom und das interregionale mit dem Trentino. Daraus erwuchs eine explosive regionalpolitische Stimmung. Die tendenziell kompromisslose Position der Trentiner war miteinschließlich für die Eskalation des Südtirolkonflikts in den sechziger Jahren. Wachsendes Selbstbewusstsein und zunehmende emanzipatorische Bestrebungen auf der regionalen politischen Ebene gegenüber den nationalstaatlichen Zentralen waren sowohl in Tirol wie in Südtirol erkennbar. Personelle Gegensätze in der Südtiroler Volkspartei (SVP) und erste Anzeichen hinsichtlich einer bevorstehenden Ablösung der alten Führung bedingten den Wandel der Parteileitung in der Autonomiepolitik bereits ab 1954. Das steigende regionalpolitische Selbstbewusstsein war durch die Erfolge der SVP bei den Parlamentswahlen von 1953 bedingt. Mit dem Rücktritt Karl Grubers als Außenminister im November 1953 verlor Südtirol allerdings einen wichtigen „Schirmherrn“ und den österreichischen Vertantwortlichen für das Pariser Abkommen. Mit dem Rückzug des Tirolers Gruber, dem ersten Nachkriegs-Landeshauptmann und Außenminister, drohte der Verlust eines persönlichen Bezugspunktes mit Blick auf die Südtiroler Wünsche, die ihm wiederholt vorgebracht wurden. Sein Nachfolger Leo-pold Figl war Niederösterreicher. Gewiss stand auch die Emanzipation Österreichs von den Besatzungsmächten (1953–1955) im Vordergrund, wobei wachsende Handlungsspielräume der österreichischen Außenpolitik ohne direkte Rückwirkungen auf Südtirol blieben und dies in Bozen negativ vermerkt wurde. Nicht zu unterschätzen sind innenpolitische, parteitaktische und innerparteiliche Sachzwänge in Italien. So wurde De Gasperis Position in der Südtirolpolitik nicht stärker. Sein Tod im August 1954 beendete seine langjährige politische Amts- und Wirkungszeit, ohne konkrete und positive Effekte für Südtirols Autonomie erzielt zu haben – im Gegenteil. Gru-

ber hatte bereits im Jahr zuvor seine politische Karriere aufgrund einer umstrittenen Buchveröffentlichung beenden müssen. Die beiden Verantwortlichen für das Pariser Abkommen waren damit von der politischen Bühne abgetreten, was zu einer zunehmenden Neubewertung der bisherigen Ausgangs- und Argumentationsgrundlage, ja zur Infragestellung der bisherigen Südtirolpolitik führte.

Zentralstaatliche Repressionsmaßnahmen, Refaschisierungstendenzen und massive Zuwanderung von Italienern in die Provinz Bozen gaben Anlass zu größerer Sorge und wachsender Verbitterung. Die politisch aktiven Südtiroler waren alarmiert und versucht, Signale zu setzen. Die Situation verschärfte sich mit dem Aufsehen erregen-, den Rückzug des SVP-Politikers Hans Dietl 1955 vom Trentiner Regionalrat, der als Vorboten für spätere Entwicklungen zu sehen ist. Die bis dato abwartende und eher kompromissbereite Haltung des Südtiroler wurde in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre abgelöst von einer Politik der Verhärtung und Disanzierung von Trient. Am 17. November 1957 verkündete SVP-Obmann Silvius Magnago sein Urteil über die einseitige Auslegung des Pariser Abkommens, als er das historische „Los von Trient“ auf Schloss Sigmundskron aussprach. Seinem rhetorischen Geschick war es zu danken, dass ein Marsch nach Bozen durch aufgebrachte Demonstranten verhindert werden konnte. Erst unter massivem Druck der Volksstimme und der eigenen Partei hatte Magnagos Politik auf eine „Landesautonomie für Südtirol allein“ abgezielt. Wenn Rom stets darauf verwiesen hatte, dass das Anliegen Südtirols eine rein „innerstaatliche Angelegenheit“ sei, so handelte Magnago staatsloyal. Mit der Forderung einer Loslösung Bozens von Trient distanzierte er sich jedoch von der eigenwilligen Interpretation des Pariser Abkommens durch De Gasperi. Mit der „Los-von-Trient“-Parole, die sich zu einer autonomiepolitischen Südtirol-Doktrin ausformen sollte, konnte schriftweise versucht werden, die im Pariser Abkommen bewusst unterlassene genaue Abgrenzung des Autonomiegebietes nachträglich festzulegen. „Sigmundskron“ wurde zu einem positiven Gedächtnisort der Südtiroler Identitätsfindung, wie die Erinnerungen und Kundgebungen 1997 und 2007 deutlich gezeigt haben. Die Protestkundgebung im Jahre 1957 war nach dem gescheiterten Selbstbestimmungsappell, der 1946 an gleicher Stelle artikuliert worden war, nun ein erster öffentlichkeitswirksamer inneritalienischer Regionalisierungsvorschlag. Er war Ausdruck der politischen Willenserklärung und Wunsch nach einer eigenen Autonomie für Südtirol, Startschuss für Südtirols politische Identitätsbildung und die konkreter werdende Diskussion über eine Internationalisierung der Minderheitenfrage, die in den österreichischen Befassungen der UNO 1960–1961 ihren formellen Ausdruck finden sollte.

Kurzzeitige Internationalisierung durch die UNO 1959–1961 und die lange Inneritalianisierung 1961–1972

²¹ KOHL, Das Accordino (wie Anm. 20), S. 55–59.

²² Günther PALLAVER, L’etba del vicino. Italien–Österreich. Nachbarn in Europa, in: Michael GEHLER/Rolf STEININGER (Hrsg.), Österreich und die europäische Integration 1945–1993. Aspekte einer wechselseitigen Entwicklung (Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck, Arbeitskreis Europäische Integration, Historische Forschungen 1), Wien/Köln/Weimar 1993, S. 226–266, hier 248 f.

²³ KOHL, Das Accordino (wie Anm. 20), S. 102.

Die 1955 erklärte österreichische Neutralität versuchte die italienische Diplomatie, Politik und Publizistik als Hindernis für eine aktive Südtirolpolitik zu bewerten. Tatsächlich gestaltete die von Österreich – im Unterschied zur Schweiz – offensiv betriebene Neutralitätspolitik mit dem UNO-Beitritt 1955, der Zugehörigkeit zum Europarat seit 1956 und dem humanitären Engagement in der Ungarn-Krise 1956/57 viel mehr außenpolitische Bewegungsfreiheit und Handlungsspielräume. Die Neutralität

bildere keinen Hemmschuh für die österreichische Südtirolpolitik (Sondierungen, UNO-Anrufung etc.). Durch die menschenrechtlich engagierte Dimension der Außenpolitik Kreiskys erhielt die österreichische Position noch eine besondere Legitimation, die viel intensiver als bisher für die Anliegen der Südtiroler einzutreten. Die viel zitierte Rolle Österreichs als „Schutzmacht“ wurde nicht nur erst aufgrund der seit 1955 erlangten staatlichen Unabhängigkeit möglich.

Mit dem Gruber-De Gasperi-Abkommen schien nach 1946 vorerst das Wohl der Südtiroler gesichert. Die Erkenntnis seiner bescheidenen Wirkung und seiner geringen Tragfähigkeit schäälte sich aber im Laufe der fünfziger Jahre mehr und mehr heraus. Aus dieser Einsicht entstanden schließlich die politische Notwendigkeit und der regionale Druck, als „Schutzmacht“ für die Südtiroler aufzutreten. Österreich war sich über diese Aufgabe in den Jahren von 1946 bis 1955 teils nicht ganz im Klaren gewesen, teils konnte und wollte es diese nicht wahrnehmen, solange nämlich auch Wien das Pariser Abkommen als ausreichende Grundlage für den Minderheitenschutz der deutschsprachigen Volksgruppe südlich des Brenners ansah und es auch so bezeichnete. Der Ballhausplatz hatte guten Glaubens von der Vertragstreue der italienischen Seite ausgehen wollen. Insoweit greift der Einwand, Österreich sei in dieser Zeit gar keine Schutzmacht für die Südtiroler gewesen, zu kurz. Es sah sich zunächst nicht in dieser Rolle und wurde sich dieser Möglichkeit auch erst in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre voll bewusst. Österreich musste diese Funktion wahrnehmen, nachdem die regionalpolitischen Eliten in Tirol und Südtirol mit ihren Forderungen und ihrem Drängen nicht nachließen.

Sollte Südtirol als Lösungsbeispiel für andere europäische Minderheiten dienen, so lag und liegt in der bilateralen Regelung seine Modelfunktion. Wiederholte Internationalisierungsversuche endeten in der Bilateralisierung, z. B. die Bestrebungen auf der Pariser Friedenskonferenz 1946 ebenso wie die Befassung der Vereinten Nationen 1959–1961. Die Vereinbarung Gruber-De Gasperi 1946, die Sondierungsgespräche zwischen Staatssekretär Franz Geschlitzer und Italiens Botschafter Gastone Guidotti 1958 wie auch die Geheimtreffen und Verhandlungen in den sechziger Jahren bis zur Streitbeilegung vor der UNO waren Ausdruck zwischenstaatlicher Aktionen. Die Lösung des Südtirolkonflikts fand daher unter weitgehendem Ausschluss Europas statt, ab. Erwas anderes waren die indirekten Einwirkungen der europäischen Integration in ihrer ökonomischen Dimension, diese griffen aber erst später. Selbst die Vereinten Nationen konnten durch zwei von Österreich verlassene Resolutionen 1960/61 nur zur Regelung des Problems auf zwischenstaatlichem Wege aufrufen und entsprechende Empfehlungen geben. Das Weltforum wirkte aber in jedem Fall nachhaltiger und entscheidender auf die Lösung der Südtirolfrage ein als europäische Institutionen zu ihrer Zeit. Gerade in der Befassung der Vereinten Nationen kam der internationale Charakter der Behandlung der Südtirolfrage zum Ausdruck. Die zwischenstaatliche Regedes Streithemas zu seiner Entbilateralisierung. Wenngleich die UNO in ihren beiden Resolutionen, wie erwähnt, abermals zu österreichisch-italienischen Verhandlungen aufrief, war damit die Inneritalianisierung der Regelung der Autonomiefrage weniger kurzzeitig abgewendet. Ohne die Unterstützung anderer europäischer Staaten wäre diese Tendenz weder für Österreich noch für die Südtiroler möglich gewesen.

An dieser Stelle ist daran zu erinnern, dass vor allem Vertreter der Republik Irland das Anliegen im Rahmen der Vereinten Nationen unterstützen.²⁴

Trotz UNO-Anrufungen blieb es bei folgenden Grundsätzen: Die bilaterale Konfliktbereinigung setzte ein hohes Maß an beiderseitigem Verständnis für das Anliegen, die Einsicht in die Notwendigkeit der Problemlösung, Geduld für den Lösungsweg und Vertrauen in den Vertragspartner voraus, was auf italienischer Seite in der Zeit von 1945 bis 1962/63 nicht sonderlich ausgeprägt war. Zudem waren die Bereitschaft zur Zusammenarbeit, die Glaubwürdigkeit und die Verlässlichkeit bei den Vertragspartnern in Rom und in Wien unterschiedlich stark ausgeprägt. Südtirol war daher alsbald wieder ein Spielball der italienischen Innenpolitik und fiel parteitaktischen und wahlkampfstrategischen Überlegungen zum Opfer. Österreich wäre zwar an einer guten und konstruktiven Lösung der Südtirolfrage interessiert gewesen, war aber zu schwach, seine Position geltend zu machen. Gleichzeitig blieb Südtirol in Österreich bis in die Mitte der sechziger Jahre fast durchgehend aus dem tagesspolitischen Streit ausgeklammert und war kein innerpolitisches Konfliktthema. Erst die Liberalisierung der italienischen Innenpolitik ab 1963/64 durch Mitte-Links-Regierungen schuf neue und vielversprechende Ansätze für einen grundlegenden Wandel in den gemeinsamen Verhandlungen.

Entgegen den nachträglichen Belobigungen der „europäischen Lösung“ des Gruber-Gasperi-Abkommens ist daran zu erinnern, dass sich die Region „Trentino-Tiroler Erschland“ in den fünfziger und sechziger Jahren nicht als Raum der Konvergenzen und Kooperationen, sondern als Raum der Differenzen und Obstruktionen darstellte. Das Südtirolthema gewann durch bereits Ende der fünfziger Jahre einsetzende Sprungstoffschläge an Brisanz.²⁵

In landesbewussten und patriotischen Kreisen wurde seit Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre erneut, wie nach Kriegsende, die Maximalforderung nach Selbstdeterminierung erhoben, sodass eine verbesserte Autonomie für Südtirol nicht mehr als (akzeptable) Minimalvariante wie im Herbst 1946, sondern als (unbefriedigende) „kleine Lösung“ angesehen wurde.²⁶

²⁴ Joseph Morrison SKULLY, National Interests and International Mediation. Ireland's South Tyrol Initiative at the United Nations 1960–1, in: DEAS./Michael KENNEDY (Hrsg.), Irish Foreign Policy 1919–1966. From Independence to Internationalism, Dublin 2000, S. 286–307.

²⁵ Vgl. auch Michael GERLIER, Die österreichische Außenpolitik unter der Alleinregierung Josef Klaus 1966–1970, in: Robert KRIECHBAUMER/Franz SCHAUSBERGER/Hubert WEINBERGER (Hrsg.), Die Transformation der österreichischen Gesellschaft und die Alleinregierung Klaus (Veröffentlichung der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Forschungsinstitut für politisch-historische Studien 1), Salzburg 1995, S. 251–271, hier 258–260 und 270; Elisabeth BAUMGARNER, Der Alpträum 'Roms. Schriftmacher für die heutige Autonomie. Die Jahre der Bomben in Südtirol, in: Die Presse, 20. Juni 1992, verrät die These, die „Bozner Feueracht“ habe 1961 Italien international unter Druck gebracht – was zu diskutieren bleibt. Für die späteren Attentate (zweite Hälfte der sechziger Jahre) dürfte dies nicht mehr zutreffen, vgl. den ersten und nach wie vor gültigen Überblick zur Thematik Christoph FRANCESCHINI, Die Welle der Sprengstoffanschläge in Südtirol, in: Anton PEINKA/Andreas MAISLINGER (Hrsg.), Handbuch zur Neueren Geschichte Tirols 2, Zeugeschichte, 2. Politische Geschichte, Innsbruck 1993, S. 467–507.

²⁶ Werner WOLF, Südtirol in Österreich. Die Südtirolfrage in der österreichischen Diskussion 1945–1969, Würzburg 1972, S. 183–185.

Am 18. Juli 1961 hatte die österreichische Bundesregierung beschlossen, die Südtirolfrage erneut vor die UNO zu bringen, und am 24. Juli wohl auch als Antwort darauf Innenminister Mario Scelba das Angebot zur Einsetzung einer Kommission – der späteren Neunzehner-Kommission – unterbreitet. Sie sollte aus elf italienischen und sieben deutschsprachigen Südtiroler Vertretern sowie einem Ladiner bestehen und Maßnahmen für eine verbesserte Autonomie ausarbeiten. Daran geknüpft war die Bedingung, dass die SVP sich für die Dauer der Kommissionsarbeit jeglicher internationaler Aktionen bezüglich Südtirols enthalten sollte. Das bekannte Spiel endloser Debatten um Detaillfragen und Nebensächlichkeiten begann von neuem. Demzufolge hatten die seit 1960/61 massiver einsetzenden Anschläge der Südtiroler Attentäter den Verhandlungen weder entscheidend geholfen noch wirklich schwer geschadet. Trafen die Attentate von 1961 noch teilweise auf Verständnis in der Tiroler und österreichischen Öffentlichkeit, so stießen die weiteren Anschläge ab 1961/62, die Todesopfer forderten, auf Ablehnung.²⁷

Der Versuch von Innenminister Mario Scelba, die Rolle der SVP bei den anstehenden Verhandlungen von 1961 zu schwächen, wenn nicht sogar auszuschalten oder die Partei zu spalten, belastete das innerparteiliche Klima. Eine italienfreundliche und wirtschaftlich einflussreiche Minderheit, die sich schon 1957 gegen das Motto „Los von Trient“ gewehrt hatte, wirkte angesichts dieser neuen Situation steigende Chancen sowohl für die Erringung der Macht innerhalb der SVP als auch für Verhandlungen mit Rom. Es ging offenbar auch darum, parreintern alte Rechnungen zu begleichen. So kam es im Herbst 1961 zur Bildung des „Aufbaus“, einer aufgegehrden Gruppierung innerhalb der Volkspartei, die sich für die Neunzehner-Kommission stark gemacht hatte. Die Gruppe „Aufbau“ innerhalb der SVP war eng verflochten mit dem Verlagshaus Athesia in Bozen, sie war keine Massenbewegung, wollte aber vorgeblich soziale und gesellschaftliche, vor allem aber wirtschaftliche Anliegen stärker berücksichtigen sehen. Magnago, gegen den sich die Initiative gerichtet hatte, sollte sich jedoch als starker Mann behaupten und blieb mehr denn je prägende Politikfigur in Südtirols Autonomiekampf. In der im September 1961 gebildeten Neunzehner-Kommission fungierte er als Wortführer der Südtiroler Delegation. Im April 1964 einigte sich diese Kommission zwar nach erregten Diskussionen auf einen Abschlussbericht, der aber deutlich unter den Erwartungen und letztlich sehr umstritten blieb. Die Bombenattentate der Südtiroler, die eigentlich auf Selbstbestimmung abzielten, sollten später als Erfolg für die Autonomieverhandlungen der Neunzehner-Kommission (u. a. von der offiziellen Landespolitik) umgedeutet werden. Weder war aber deren Einsetzung noch eine Südtiroler Selbstverwaltung im Zentralstaat Italien das eigentliche Anliegen der viel zitierten „Freiheitskämpfer“. Was sie mit ihren Anschlägen erreichen konnten, war wahrscheinlich lediglich die Verhinderung weiterer Zuwanderung von Italienern und damit ein volkstumspolitischer Abwehrerfolg.²⁷

²⁷ Vgl. insgesamt zur Thematik die Trilogie von Rolf STEININGER, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947–1969, 3 Bde. (Veröffentlichungen des Südtiroler Landesarchivs 6–8; Bozen 1999; zur These des volkstumspolitischen Abwehrerfolgs siehe zuletzt Michael GEHLER, „... dass keine Menschenleben geopfert werden sollten – das war der Plan.“ Die Bonner „Feuerbach“ und die Südtirol-Attentate der 1960er Jahre, in: DERS./René ORTNER, Von Sarajevo zum 11. September 1997, S. 515–595).

Während die „Europäisierung der Thematik“ in den fünfziger und sechziger Jahren zwar mit einzelnen Broschüren und Buchpublikationen wie „Südtirol. Alarm für Europa“ (Herbert Thalhammer) und nicht zuletzt mit „Südtirol eine Frage des europäischen Gewissens“ (Franz Huter)²⁸ sowie mit dem Bau der „Europabrücke“ (Brennerautobahn) zum Ausdruck gebracht worden war, waren das Erreichen oder gar die Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung den Tirolern südlich des Brenners versagt geblieben. Da europäische Hilfe bei den Verhandlungen zur Konfliktbereinigung weitgehend ausgeblichen war, minderten die Südtirolbestrebungen in den siebziger Jahren in einen erneuten Rückgriff auf überschaubare regionale Strukturen bzw. interregionale Kooperationsversuche mit der „Arbeitsgemeinschaft der Alpenländer“ (ARGE ALP), während der nationale Rekurs auf das „Vaterland“ Österreich als Schurz- und Garantiemacht erst wieder in den achtziger Jahren erfolgte und somit auch auf die südtirolpolitische Agenda gesetzt wurde.²⁹

Der Konflikt mit Rom in der Südtirolfrage erschwerte die seit 1961 forcierten Bemühungen Österreichs, ein Assoziierungsverhältnis mit der EWG oder einen „Vertrag besonderer Art“ mit den Europäischen Gemeinschaften abzuschließen, da die Mitgliedschaft in der European Free Trade Association (EFTA) die wirtschaftlichen Erwartungen nicht erfüllen konnte.³⁰

Die Stagnation der europäischen Integrationspolitik der sechziger Jahre wirkte erschwerend für die Südtirolkonflikt-Lösung. Italien nutzte die innergemeinschaftliche Krise (die Politik des „leeren Stuhls“ de Gaulles im EWG-Ministerrat, Schwierigkeiten bei der Finanzierung des Agrarmarkts) und die französische Blockadepolitik für eine eigene Vetoposition im Zusammenhang mit Südtirol. Aufgrund eines heimtückischen Anschlags auf der Porzescharte im Sommer 1967 mit vier Todesopfern (Italien vermutete die angeblichen Drahtzieher in Österreich, was strittig ist) legte es als Erstunterzeichnerstaat der Römischen Verträge mehr als zwei Jahre lang Einspruch gegen Österreichs Assoziationsverhandlungen bei der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in Luxemburg und bei der Kommission der EWG in Brüssel ein. Erst der Rücktritt de Gauls und der sich im Vorfeld des Haager EWG-Gipfels 1969 abzeichnende Durchbruch in der EWG-Norderweiterung

²⁷ Der Einzelattentate und Massenterrorismus, Innsbruck/Wien/München 2007, S. 205–256, hier 247 f.

²⁸ Franz HUTER, Südtirol. Eine Frage des europäischen Gewissens, München 1965; Karl-Heinz RÖRSCHEL, Südtirol. Ein europäisches Unrecht, Graz 1959; [Herbert THALHAMMER], Alarm für Europa, hrsg. von der Tiroler Landesregierung, Innsbruck [1960], mit einem Begleitbrief von Landesrat Oberhammer.

²⁹ Die öffentlich wiederholt betonte Garanti- bzw. Schutzmachtfunktion Österreichs für Südtirol führt zur These, dass Österreich damit das Vaterland für Südtirol geworden sei, was in einem bekannten Buchtitel von Felix ERMACORA, Südtirol und das Vaterland Österreich, Wien/München 1984 zum Ausdruck gekommen war.

³⁰ Im Überblick: Michael GEHLER, Der Antrag vom 17. Juli 1989, Österreich und die europäische Integration 1945–1995, in: DERS./Rolf STEININGER (Hrsg.), Österreich im 20. Jahrhundert. Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart 2 (Böhla Studienbücher, Grundlagen des Studiums), Wien/Köln/Weimar 1997, S. 515–595.

um Irland, Dänemark und Großbritannien führten zum historischen Ausgleich zwischen dem im Wege der strikten Geheimdiplomatie agierenden Italien (Aldo Moro, Pietro Nenni) und Österreich (Josef Klaus, Lujo Tončić Sorini, Kurt Waldheim) sowie zum Südtirol-Pakerabschluss mit dem Operationskalender 1969, der sowohl in Österreich als auch in Südtirol intern wie öffentlich sehr umstritten war. Die Radikalisierung der Südtirolpolitik durch die Bombenattentate in den sechziger Jahren und die damit notwendig gewordene Neutralisierung und Isolierung der Attentäterszenre wäre durch eine offeneren und konzilianteren italienischen Politik vor 1961 zu verhindern gewesen bzw. gar nicht notwendig geworden. Die These lautet im Unterschied zur gängigen und populistischen Version nicht „Mit Bomben zur Autonomie“, sondern „Mit rechtzeitiger Gewährung einer substantiellen Autonomie keine Bomben“.³¹

Entspannungszeit mit Autonomieausbau in den siebziger Jahren – Ende des Kalten Krieges und Streitbeilegung vor der UNO 1992

Das in der Südtiroler Volkspartei heftig umkämpfte „Paket“ – eine weitere Kompromission neben dem Gruber-De Gasperi-Abkommen – ermöglichte das stark verbesserte zweite Autonomiestatut von 1972. Dieses wurde von den politischen Eliten Tirols nördlich des Brenners nicht als definitive Antwort auf die Südtirolfrage, sondern nur als Zwischenlösung ihrer Politik im Rahmen eines größter angelegten Konzepts begriffen. Ein historisch legitimer Anspruch auf Südtirol bzw. auf die Landeseinheit war von Innsbruck aber nur unter der Bedingung glaubhaft aufrechtzuerhalten, dass der Modellcharakter und das „europäische Muster“ der Südtiroler Autonomie in Frage gestellt werden konnten. Das fiel immer schwerer, denn ab den siebziger Jahren sollte im Kontext des Nachfolgesprozesses der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa das Zweite Autonomiestatut ge delihen und wachsen sowie der Infrastrukturausbau vorangehen und die wirtschaftliche Entwicklung boomten. Das neue „Land Südtirol“ eignete sich eine Fülle von Kompetenzen an und die Region erzielte beachtliche autonomiepolitische Teilerfolge.³² Das „Paket“ wurde wiederholt „aufgeschniirt“, weiterverhandelt und erweitert, teilweise sogar bis zum Überdruss auch der Österreicher, die ein Ende des Tauziehens und einen Abschluss wollten.

Die Initiative der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer³³ war im sozialdemokratischen Jahrzehnt Europas der siebziger Jahre ganz bewusst als Werkzeug der regionalen Süd-

³¹ Vgl. hierzu die relevanten Südtirolkapitel in: Michael GEHLER, Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts, 2 Bde., Innsbruck/Wien/Bozen 2005, S. 234–283; 310–324; 511–514; 721–754.

³² HEISS, Fortschritt und Grenzen (wie Anm. 1), S. 216–221.

³³ Vgl. für das Folgende: Reinhold BOCKER/Rainer BECK (Red.), Arge Alp. Gemeinsamkeit der Alpenländer als Gegenstand der politischen Bildung, Seminarbericht und Materialien (Bayerische Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit), München 1978; ARGE ALP. Eine Information der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer, zusammengestellt von der Bayerischen Staatskanzlei, München o. J.; Arbeitsgemeinschaft Alpenländer – ARGE ALP (Hrsg.), Nachbarn im Herzen Europas. 20 Jahre Arbeitsgemeinschaft Alpenländer, München 1992; Josef RIEDMANN, Das Bun-

tiopolitik begriffen worden. Die ARGE ALP ist im Kontext des Zweiten, stark verbesserten Autonomiestatuts von 1972 sowie auch im Zeichen des Entspannungsprozesses in Europa zu sehen. Die ARGE ALP wurde aufgrund bayerischer Anstreiche und auf Wunsch von Landeshauptmann Eduard Wallnöfer (1963–1987) ins Leben gerufen.³⁴ Bereits am 19. Juni 1970 hatte in Bozen erstmals eine gemeinsame Landtagssitzung von Tiroler und Südtiroler Abgeordneten stattgefunden, auch die Landtagspräsidenten Tirols und Südtirols, Alois Lugger und Robert von Fioresechy, sowie die Landeshauptleute Wallnöfer und Magnago waren zugegen. Am 14. Mai 1971 folgte im Alten Landhaus in Innsbruck eine zweite Begegnung der Abgeordneten aus Tirol und Südtirol. Seither trafen sich die Landtage abwechselnd in Innsbruck und Bozen, nicht nur, um über gemeinsame Probleme zu beraten und abzustimmen,³⁵ sondern auch um die Einheit des Landes nach außen zu demonstrieren.³⁶ Nach längeren Vorgesprächen kamen am 12. und 13. Oktober 1972 in Mösern bei Seefeld die konservativen und christdemokratischen Regierungschefs von Bayern (Alfons Goppel), Tirol (Eduard Wallnöfer), Südtirol (Silvius Magnago), Vorarlberg (Herbert Kessler), Salzburg (Hans Lechner), Graubünden (Giuseppe Casaula) und der Lombardei (Piero Bassetti) zusammen, um die Gründung der ARGE ALP vorzunehmen. Das Trentino gehörte nicht von Beginn an dazu, trat aber bereits 1973 dem Unternehmen bei. 1982 wurde der Kanton St. Gallen aufgenommen, 1988 auch das Tessin. Baden-Württemberg kam seit 1989 als Beobachter zur ARGE ALP und wurde am 15. Mai 1992 Vollmitglied. Die elf Regierungschefs trafen sich alljährlich in einem anderen Land und fassten ihre Beschlüsse einstimmig. Gemeinsame Fragen wurden in fünf Kommissionen behandelt: Verkehr, Landwirtschaft und Raumordnung, Kultur, Gesundheit und Wirtschaft. Die ARGE ALP verfügte weder über legislative noch über exekutive Funktionen, sondern wirkte lediglich über Empfehlungen an die einzelnen Mitgliedsländer, was zu Zielkonflikten mit den zentralstaatlichen Bürokratien führte.³⁷

Die ARGE ALP kam in den neunziger Jahren durch die Diskussion über das „Europa der Regionen“³⁸ und die von Tirols Landeshauptmann Alois Partl (1987–1993)

³⁴ Land Tirol (1918–1970). Geschichte des Landes Tirol 4/2, Bozen/Innsbruck 1988, S. 1306; PALLAVER, L'erta del vicino (wie Anm. 22), S. 259–262.

³⁵ Arge Alp: Wende- oder Endpunkt?, in: Kurier, 27. November 1995, S. 9.

³⁶ Günther PALLAVER, Abschied von nationalstaatlicher Logik. Das Verhältnis Nord-Südtirol, in: Wendelin WEINGARTNER (Hrsg.), Nachdenken über Tirol. Mit Beiträgen von 50 Autorinnen und Autoren, Innsbruck 1993, S. 230–232.

³⁷ Interview mit Landeshauptmann a. D. Dr. Fritz Prior (†) 9. November 1995 [Tonbandaufzeichnung im Besitz des Verfassers].

³⁸ PALLAVER, L'erta del vicino (wie Anm. 22), S. 260; vgl. auch Roland FLOIMAIR (Hrsg.), Die regionale Außenpolitik des Landes Salzburg (Schriftenreihe des Landespressbüros), Salzburg 1993.

³⁹ Vgl. kritisch zur Realitätsbezogenheit und dem Verhältnis der „Regionen“ im gemeinsamen Markt des Vereinten Europas bzw. zu den Vorstellungen regionaler Identitätsbilder: Herbert DÄCHS, Von der Quadratur des Kreises. Über den Stellenwert der Regionen im zusammengehenden Europa, in: FLOIMAIR (Hrsg.), Die regionale Außenpolitik (wie Anm. 37), S. 11–26, hier 20–24; vgl. auch Fried ESTERBAUER, Regionalisierung und Föderalisation Europas – aktuelle Perspektiven, in: DEBS/Peter PERNTHALER, Europäischer Regionalismus am Wendepunkt. Bilanz und Ausblick, Wien 1991, S. 169–179, sowie Waldemar HUMMER/Sebastian BOHR, Die Rolle

eröffnete Debatte über eine „Europaregion Tirol“³⁹ ins Hintertreffen. Die Schwäche der ARGE ALP lag in ihrer fehlenden Bürgernähe. Dem interregionalen Zusammenchluss drohte „ein museales Schicksal als tönerner Kolossal“. Hatte die ARGE ALP in den achtziger Jahren im Zeichen wachsender Verkehrsprobleme im Alpenraum keine Lösungskompetenz mehr bewiesen, so war im Zuge des „europäischen Zukunfts“ der drei Länder stärker in den Vordergrund zu rücken, während das Konzept „Euregio“ schon älterem Ursprungs war und gedanklich bis in die siebziger Jahre zurückreicht.

Die wissenschaftliche Initiative „Euregio-Alpina“ wurde vom Professor und Justizminister a. D. Hans Klecatsky und anderen Universitätsvertretern getragen.⁴⁰ Die Idee einer „Euregio“ kam auch in Folge eines Gespräch zwischen Tirols Landeshauptmann Wallnöfer und dem Trentiner Journalisten Paolo Magagnotti am 11. Dezember 1978 in Innsbruck auf, in dem über die Notwendigkeit einer engeren grenzübergreifenden Zusammenarbeit im Rahmen der ARGE ALP gesprochen wurde. Zumal die Bezeichnung „Europäische Region“ bereits im Rheingebiet in Verwendung war,⁴¹ einige man sich auf den Begriff „Europaregion Tirol“. Überlegungen für dieses Projekt folgten auch Ende der achtziger Jahre in Bozen und wurden noch über den Zweier-Landtag eingebbracht, so u. a. vom SVP-Politiker Hubert Frasnelli.⁴²

Der neuartige Begriff der „Europaregion Tirol“, der mit Blick auf die italienischsprachige Bevölkerung in Südtirol wie auch im Trentino nicht unproblematisch war, ermöglichte nicht nur einen neuen Dialog der Kooperation unter den Landesvertretern, sondern löste auch Unsicherheit, Ängste und folglich ein Lavieren der Politiker zwischen Abwarten, Desinteresse und Euphorie aus. Die Volkstabel eröffnete zwar neue Diskussionsmöglichkeiten, doch war die Verlegerheit und Ratlosigkeit groß, das Konstrukt mit Inhalten auszufüllen, die fähig sein würden, im rechtlich-politischen Rahmen wirksam zu werden. Hinter dieser Grundstimmung der politischen Entscheidungsträger in Innsbruck, Bozen und Trient in den Jahren 1989–1991 verbarg sich zunächst ein offenkundiger Mangel an konkreten Vorstellungen, Konzeptionen und Programmen. Entscheidender und viel wichtiger war der „Mauerfall in der Region“ (Hans Heiss) mit einem Machtwechsel der regionalen Politikereliten und einer zügig einsetzenden Modernisierung Südtirols. Nach den Landtagswahlen von 1988 trat eine alt gewordene Politikergeneration ab und schied geschlossen aus. Der neue, noch rela-

tiv junge Landeshauptmann Luis Durnwalder steuerte einen entspannungspolitischen Kurs mit Blick auf Trient, ging neue Projekte an und avancierte als „Der Luis“ zu einer „Schlusselfigur regionaler Identität“ unter weiterer Beförderung des „regionalen nation-buildings“ (Heiss).⁴⁴

Nachdem im Januar 1992 der italienische Ministerrat die letzten Paket-Durchführungsbestimmungen verabschiedet hatte, übergab Österreich – nachdem am 30. Mai die SVP-Landesversammlung, am 4. Juni der Tiroler Landtag und am 5. Juni der Nationalrat ihre Zustimmung gegeben hatten – am 11. Juni 1992 der italienischen Regierung die Streitbeilegungserklärung. Acht Tage später war der seit 1960 vor der UNO anhängige Streit zwischen Italien und Österreich beendet.⁴⁵ Wiens konzessionsstreidige Haltung in der Südtirolfrage war auch durch den seit Sommer 1989 vorgebrachten EG-Beitrittsantrag verursacht.

Am 11. Juni 1992 überreichte Alois Mock also dem italienischen Botschafter in Wien, Alessandro Quaroni, die Note, in der Österreich die Erfüllung des „Pakets“ durch Italien ankannte, die in einer italienischen Antwortnote am selben Tag zur Kenntnis genommen wurde. Der definitive „Schlussstrich“ wurde dann am 19. Juni 1992 in New York gezogen, als nicht einmal auf Außenminister-, sondern nur mehr auf „Stellvertreterebene“ Österreichs UN-Botschafter Peter Hohenfellner und sein italienischer Vis-à-vis Vieri Traxler gemeinsam UNO-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali die formelle Beendigung des drei Jahrzehnte lang anhängigen Streits um Südtirol mitteilten, mit der Bitte, die formalen Briefe der Generalversammlung vorzulegen. Das entsprach Punkt 15 des Operationskalenders. In den Notifizierungen beider Staaten an die UNO ist auch der Hinweis auf die italienische Note vom 22. April enthalten, womit Italien den internationalen Charakter des „Pakets“ und die Justizierbarkeit vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) anerkannte. Neben der EG in Brüssel teilte Österreich am 30. Juni 1992 auch der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) das Ende des Streits mit.⁴⁶ Das Inkrafttreten des Internationalen Gerichtshofvertrags wurde dem Kanzler des IGH in Den Haag sowie der Generalsekretärin des Europarates laut Punkt 16 und 17 des Operationskalenders notifiziert.⁴⁷ Als Boutros-Ghali die Notifizierungsurkunde entgegennahm, hob er die Bedeutung dieses Schrittes hervor und bezeichnete die Art und Weise, wie hier ein Minderheitenkonflikt zwischen zwei Staaten gelöst worden war, als vorbildhaft. Ebenso

⁴⁴ HEISS, Fortschritt und Grenzen (wie Anm. 1), zum „Mauerfall in der Region“ S. 221–224, zum „Luis“ S. 201–203, zum Regionalen Nationsbildungsprozess S. 225–229; fundamental jüngst zur Identitätsfrage: Peter PEINTHALER, Die Identität Tirols in Europa, Wien/New York 2007.

⁴⁵ PALLAVER, L'era del vicino (wie Anm. 22), S. 239 f.

⁴⁶ Ausführlich mit den relevanten Dokumenten: Michael GEHLER, Vollendung der Bilateralisierung als diplomatisch-juristisches Kunstück. Die Streitbeilegungserklärung zwischen Italien und Österreich 1992, in: Siglinde CLEMENTI/Jens WOELK (Hrsg.), 1992: Ende eines Streits. Zehn Jahre Streitbeilegung im Südtirolkonflikt zwischen Italien und Österreich, Baden-Baden 2003, S. 17–82, sowie DERS., Compimento del bilateralsimo come capolavoro diplomatico-giuridico. La chiusura della vertenza sudtirolese fra Italia e Austria nel 1992, in: Andrea DI MICHELE/Francesco PALERMO/Günther PALLAVER (Hrsg.), 1992. Fine di un conflitto. Dieci anni dalla chiusura della questione sudtirolese, Bologna 2003, S. 23–119.

⁴⁷ Jahrbuch der österreichischen Außenpolitik. Außenpolitischer Bericht 1992, S. 191.

der Regionen im Europa der Zukunft. Subsidiarität – Föderalismus – Regionalismus in vergleichender Betrachtung, in: Peter EISENMANN/Bernd RUIZ (Hrsg.), Das Europa der Zukunft, Regensburg 1992, S. 65–101.

³⁹ Michael GEHLER, Die Volkspartei in Tirol 1945–1994, in: Robert KRÖCHBAUMER/Franz SCHAUSSBERGER (Hrsg.), Volkspartei – Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945, Wien/Köln/Weimar 1995, S. 645–700, hier 680 f.

⁴⁰ Arge Alp: Wende- oder Endpunkt? (wie Anm. 34), S. 9.

⁴¹ Interview mit Prof. Hans Klecatsky, Minister a. D., am 21. April 1993 [Tonbandaufzeichnung im Besitz des Verfassers].

⁴² Giuliana ANDREOTTI, Euroregione Tirolo – un nuovo modo di pensare l’Europa/Euroregion Tirol – eine neue Art, sich Europa vorzustellen, Trento 1995, S. 167–169 und Anm. 8.

⁴³ Auskunft von Hofrat Dr. Robert Gissmann, 12. Juni 1997.

wies Italiens neuer Außenminister Vincenzo Scotti bei der KSZE-Nachfolgekonferenz in Helsinki im Juli 1992 voll Stolz auf die Lösung des Konflikts hin und betonte, dass die Vorgehensweise auch für den Minderheitenschutz im KSZE-Rahmen als Modell dienen könne.⁴⁸ Letztlich war es eine gelungene Bilateralisierung via Internationalisierung, die vor dem Hintergrund der bedeutender gewordenen Europäisierung zum Erfolg geführt hatte.

Die Frage, was nach dem Paketabschluss zu geschehen habe, wurde von der SVP intern diskutiert und ließ den Ruf nach Selbstbestimmung wieder lauter werden.⁴⁹ Stärkere Tendenzen zeigten auch in Tirol auf eine Neugestaltung des Verhältnisses zum südlichen Landesteil ab. Bozen wiederum wollte zunächst Österreich über den Paketabschluss hinaus als Schutzmacht behalten, um die aus Rom drohenden Versuche abzuwehren, die Autonomie einzuziehen bzw. auszuöhnen.⁵⁰

Maastricht, Österreichs EU-Beitritt, „Europaregion“ und Entsärfung der Brennergrenze 1991/92-1998

Die durch das Ende des Kalten Krieges und die deutsche Einheit verstärkte europäische Integration ließ in Tirol in der ausgehenden Ära Wallnöfer und insbesondere unter seinem Nachfolger Alois Partl die Idee einer grenzübergreifenden Europaregion wieder stärker in den Vordergrund treten. Das regionalpolitische Selbstbewusstsein in Tirol, Südtirol und dem Trentino wuchs, als der 1992 unterzeichnete Europäische Unionvertrag von Maastricht 1993 in Kraft trat und mit dem „Ausschuss der Regionen“ regionale Vertretungen vorsah. Dies erregte steigendes Misstrauen in Rom, das an dem durch Gruber und De Gasperi festgelegten „frame work“ der Region Trentino-Südtirol festzuhalten bemüht war. Dagegen war die „Europaregion“, später weiter gefasst und benannt als „Europaregion Tirol-Trentino-Südtirol“, in den Vorstellungen der Landeshauptmänner Wendelin Weingartner, Carlo Andreotti und Luis Durnwalder zu einem Instrument geworden, mit dem bestehende federalistische bzw. autonome Strukturen sowohl gesichert und ausgebaut als auch weiter reichende Kompetenzen für ihre Ländereinheiten gewonnen werden sollten.

Vor dem Hintergrund der intensivierten europäischen Integration ist das Projekt der „Europaregion/Tirol“ zu sehen, das in der Eröffnung eines eigenen Verbindungsbüros der Länder bzw. Provinzen Tirol, Südtirol und Trentino zu den europäischen Institutionen am 19. Oktober 1995 in Brüssel seinen formellen Ausdruck fand.⁵¹

⁴⁸ STEININGER, Südtirol im 20. Jahrhundert (wie Ann. 3), S. 545.

⁴⁹ Florian KRONBICHLER, Knüppel in den Sack!, in: ff Südtiroler Wochennmagazin 37/1991, S. 12-16; Josef ROHRER, Die SVP muß eine Antwort geben. Der Völkerrechtler Karl Zeller über Chancen und Risiken der Selbstbestimmung, in: ebenda, S. 18-24.

⁵⁰ Friedrich KASSEBAER, Vom Brenner in die „Europäische Region Tirol“, in: Süddeutsche Zeitung, 17. September 1991, S. 4.

⁵¹ Richard SEEGER/Claudio QUARANTA, Gemeinsam in Brüssel. Tirol, Südtirol und Trentino, in: 1000 Jahre Osttirol, Beilage zu „Dolomiten“ vom 6. Mai 1996, S. 13; vgl. auch die geführten Interviews mit Regionalpolitikern von Reinhardt SCHUSSNIG, Europa der Regionen am Beispiel

Bereits im Mai 1991 war in Meran erstmals der Vierer-Landtag zusammengetreten, dem die Bundesländer Tirol und Vorarlberg sowie die Provinzen Bozen und Trent angehörten.⁵² Durch die beiden Vierer-Landtage 1991 in Meran und 1993 in Innsbruck entstand eine neue Verbundenheit. Seit der dritten Begegnung der Landtage am 31. Mai 1996 in Riva nahm das Bundesland Vorarlberg auf eigenen Wunsch nur mehr als Beobachter teil.

Nach intensiven, aber sehr effizienten Verhandlungen 1993/94 trat Österreich am 1. Januar 1995 der EU bei. Durch Verwirklichung des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) am 1. Januar 1994 sowie die EU-Mitgliedschaft Österreichs sollte der Brenner rasch an grenzkontroll- und zollpolitischer Bedeutung verlieren. Mit Österreichs Aufnahme in den Binnenmarkt und dessen Einbeziehung in das Schengener Abkommen verlor die „Unrechtsgrenze“ an Schärfe. Die Grenz- und Zollstation existiert seit 1. April 1998 nicht mehr. Vorher wurde an diesem negativen Gedächtnisort der Tiroler Geschichte noch symbolische Politik gemacht: Anlässlich des österreichischen EU-Beitritts schritten am 1. Januar 1995 beide Landeshauptleute, Luis Durnwalder und Wendelin Weingartner, symbolisch auf die Grenze zu und reichten sich die Hände. 1998 waren wieder die Landeshauptleute und nun auch die Innenminister beider Staaten vertreten, als es galt, die Schlagbäume zu beseitigen.

Das Zustandekommen der letzten nennenswerten identitätspolitischen Initiative „Europaregion Tirol“ erleichterte ein Bündel eng zusammenhängender Zielsetzungen: Mit der angestrebten „Europaregion Tirol“ wollte man *erstens* die Enträuschung über die stockende und letztlich ausgebliebene Bundesstaatsreform in Österreich zum Ausdruck bringen und *zweitens* den Wunsch nach einer Stärkung der Nord-Süd-Achse bekämpfen. „Nach außen“ sollte sie deshalb *drittens* ein symbolisches Gegengewicht zum innerstaatlichen Zentralismus bilden, um damit über ein weiteres bzw. neues Instrument zur Sicherung und zum Ausbau föderalistischer Strukturen des drohenden doppelten Zentralismus (Wien/Rom bzw. Brüssel versus Innsbruck/Bozen) zu verfügen. *Viertens* sollte sie die interregionale ökonomische Interessenswahrnehmung fordern und diese Anliegen auch gemeinsam durchsetzen helfen.⁵³ Das Europabüro war daher mit Blick auf die Brüsseler Strukturen Ausdruck einer lobbyistischen Sparspitze regionaler, d. h. Großtiroler Interessen.⁵⁴ Um keine Angriffsflächen zu bieten, wurde die Idee zur Schaffung der „Europaregion“ im Rahmen der Handels- bzw. Wirtschaftskammern in Bozen und Innsbruck entwickelt und aktiviert, sodass die „Europaregion“ *fünftens* auch als Demonstrationsmittel regionaler wie interregionaler Selbstbehauptung mit entsprechender identitätsstiftender Funktion „nach innen“ dienen sollte.

⁵² der Debatte über die Europaregion Tirol, unged. phil. Diplomarbeit, Innsbruck 1996, und zur dominierenden Position Innsbrucks bzw. Tirols in dieser Diskussion S. 107 f.

⁵³ SEEGER/QUARANTA, Gemeinsam in Brüssel (wie Ann. 35), S. 231.

⁵⁴ Fritz STAUDIGL, Südtirol als Vorbild. Die europäische Herausforderung für die Tiroler Landesverwaltung, in: ebenda, S. 13; vgl. auch Vier Länder, vier Projekte. Handelskammern von Tirol, Vorarlberg, Südtirol und Trentino arbeiten grenzüberschreitend, in: Dolomiten, 16. April 1997.

Am 19. Mai 1998 trafen sich die drei Landtage wieder in der Tiroler Landeshauptstadt, um eine Vereinbarung über die „grenzüberschreitende Zusammenarbeit“ im Rahmen der „Europaregion“ zwischen Südtirol, dem Trentino und Tirol zu beschließen, nachdem bereits eine Geschäftsausordnung für den Dreier-Landtag genehmigt worden war.

Die Wirkungsmöglichkeiten der „Europaregion“ sollten sich jedoch in Grenzen halten. Überschätz wurde die Initiative vor allem von zentralistischen Kreisen in Rom. Italiens Staatspräsident Oscar Luigi Scalfaro hatte bereits am 24. November 1995 im Regierungskommissariat von Trient Vertreter der Region Trentino-Südtirol vor der „Europaregion Tirol“ gewarnt. Das Auftreten des Staatsoberhauptes war ein deutlicher Hinweis, wie sensibel der krisengeschüttelte Staat auf regionalistische Tendenzen in Grenzräumen seines Territoriums reagierte. Späterstens zu diesem Zeitpunkt musste den Kritikern dieses Konzepts klar geworden sein, dass es sich um „kein politisches Phanttom“⁵⁵ handeln würde. Während der Trentiner Landeshauptmann Carlo Andreotti die Idee der „Europaregion“ würdigte und um Unterstützung des Staatspräsidenten bei ihrer Verwirklichung warb, warnte Scalfaro, dass bei Schaffung der „Europaregion“ in den Grenzen des alten Tirol, insbesondere wenn sie mit dem Namen und dem Inhalt Tirols realisiert werde, die Eigenständigkeit des Trentino in Gefahr sei und dieses „an die Wand gedrückt“ würde. Scalfaro betonte, wohl auch angesichts der secessionistischen Forderungen der Lega Nord in Oberitalien, die Unteilbarkeit des italienischen Staates sowie die Existenz und die Notwendigkeit der Beibehaltung der Region Trentino-Südtirol, die als gemeinsames Dach der beiden Provinzen im italienischen Staatsverband anzusehen sei.⁵⁶

Weingartner, der gleichzeitig Südtirolreferent der Tiroler Landesregierung war, wies die italienische Kritik zurück. Wiedeholt betonte er, dass es sich nicht um Separatismus, sondern um Föderalismus handle.⁵⁷ Bei Scalparo schneide der europäische und federalistische Geist jedoch noch nicht so Eingang gefunden zu haben wie bei den Landeshauptleuten.⁵⁸

Mit welcher Besorgnis der Zentralstaat Italien der an Profil gewinnenden „Europaregion Tirol“ gegenüberstand, wurde deutlich, als im Januar 1996 die Polizei im Südtiroler Landtag in Bozen ermittelte und Scalparo die Warnungen des Vorjahrs wiederholte. Nachdem nämlich Südtirol und das Trentino mit den Handelskammern eine

⁵⁵ Elisabeth BAUMGARTNER, Europaregion ist kein politisches Phantom, in: Die Presse, 28. November 1995.

⁵⁶ Scalparo warnt Trient vor Euregio, in: Dolomiten, 25./26. November 1995, S. 13; zum geschichtlichen Hintergrund und zu zukünftigen autonomepolitischen Optionen der Region Trentino-Südtirol: Pierangelo SCHIURA, Überlegungen über die historische und politische Möglichkeit der Verwirklichung einer europäischen Alpenregion Trentino-Tirol, in: Autonome Region Trentino-Südtirol (Hrsg.), Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Trentino-Südtirol, Tirol und Vorarlberg; Vorschläge für ihre Entwicklung, Trient 1993, S. 63–92.

⁵⁷ Wendelin WEINGARTNER, Ein Gespenst geht um in Europa – es ist der Zweifel, in: Die Presse (Bundesländerausgabe Tirol), 15. November 1996, S. 1; dERS., Gemeinsame Projekte. Die Südtirolpolitik des Bundeslandes Tirol, in: 1000 Jahre Ostarrichi (wie Ann. 51), S. 3.

⁵⁸ Wendelin WEINGARTNER, Wenig europäischer Geist, in: Dolomiten, 29. November 1995, S. 13.

Vereinbarung hinsichtlich der Errichtung eines eigenen Büros in Brüssel beschlossen hatten, hatten Neofaschisten den italienischen Verfassungsgerichtshof angerufen, da die „Europaregion“ ihrer Meinung nach eine Gefahr für die Einheit des Staates darstelle und Auslandsaktivitäten in die Kompetenz des Staates fallen würden.⁵⁹ Landeshauptmann Luis Durnwalder kritisierte die italienischen Vorbehalte gegen die „Europaregion Tirol“ und hob deren „Beitrag zum Frieden“ und zur Schaffung eines „harmonischen Übergangs“ hervor, was aber leider immer noch „Theorie“ sei. Er betonte das eines Staates unwürdige Verhalten im Zusammenhang mit der Ermittlung gegen seine Person nach der Eröffnung des Büros in Brüssel.⁶⁰ Im Sinne des sich immer mehr Geltung verschaffenden EU-Rechts ging die Causa aber letztlich im Sinne der Landeshauptleute aus. Dem Zentralstaat waren damit Grenzen aufgezeigt worden.

Die verantwortlichen Regionalisten waren sich aber bewusst, dass zur Verankerung des neuen identitätsstiftenden Konstruktus noch viel „Öffentlichkeitsarbeit“⁶¹ zu leisten war. Um diesem Konzept Tragfähigkeit zu verleihen, musste es in der Bevölkerung entsprechende Aufnahme finden. Mit Blick auf das von Weingartner beabsichtigte „Wieder-Wachsen des Bewußtseins der Gemeinsamkeiten zwischen Nord- und Südtirol“ musste die Politik 1993 aber einsehen, „daß der Wunsch der Bevölkerung nach dieser Spurensuche fast auf dem Nullpunkt angelangt ist“.⁶²

In der „Europaregion Tirol“ lagen mithin Chancen, aber auch Gefahren. Sie konnte und kann sowohl als Element der Friedenssicherung dienen, aber auch als Werkzeug eines Pantirolismus im neuen Gewande und Ausdruck eines historischen Revanchismus betrachtet werden.⁶³ Letzteres befürchteten vor allem römisch-zentralistisch gesonnene Kreise, aber auch italienischsprachige Bevölkerungsgruppe in Südtirol, vor allem in Bozen. Daher haftete dem Konstrukt „Europaregion“ eine Januskopfigkeit an. Sie konnte von Österreich, Italien und der EU nur hingenommen werden, wenn daraus keine neuen Interessenkonflikte und Spannungen zwischen den Staaten erwachsen würden, d. h. die „Europaregion“ konnte im besten Fall nur Ergänzung, aber kein neues politisches Gebilde, geschweige denn ein neuer Staat oder ein „Bundesland GesamtTirol“ sein. In diesem Zusammenhang war bemerkenswert, dass der aus Tirol stammende EU-Landwirtschaftskommissar Franz Fischler (1995–2004) vor einem Konzept der „ethnischen Region“ im Sinne einer „Wiedervereinigung Alttirols“ oder von einem „Tirol den Tirolern“ warnte, das von der extremen Rechten forciert werde. Der Begriff „Europaregion“ stehe für „Vernetzung im wirtschaftlichen, kultu-

⁵⁹ Alexa Bellutri/Michael SPRENGER, Streitpunkt „Europaregion“, in: Tiroler Tageszeitung, 11. Januar 1996, S. 9.

⁶⁰ Interview mit Landeshauptmann Luis Durnwalder am 21. Dezember 1996 im österreichischen Rundfunk Ö 1 (Tiroler Mittagsjournal des Aktuellen Dienstes) [Tonbandaufzeichnung im Besitz des Verfassers].

⁶¹ „Runder Tisch“ erarbeitet brauchbare Vorschläge für Zusammenarbeit – Landeshauptleute präsentieren Ergebnisse. Europaregion Tirol läßt noch etwas auf sich warten, in: Tiroler Tageszeitung, 18./19. Mai 1996, S. 5.

⁶² Wendelin WEINGARTNER, Gedanken über das Nachdenken über Tirol, in: dERS. (Hrsg.), Nachdenken über Tirol, S. 250–253, hier 252.

⁶³ Ettore PERTA, Italien–Österreich. Neue Ära des Dialogs, in: Europäische Rundschau 23/3 (1995), S. 43–48, hier 48.

rellen und politischen Bereich“, die aber mit der Wahrung der regionalen Identitäten Hand in Hand gehe.⁶⁴ Viele Gründe sprachen für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem Bundesland Tirol, dem Land Südtirol und dem Trentino, insbesondere die Nutzung von Förderprogrammen der EU, die Unterstützung von Zusammenschlüssen der grenznahen Gebietskörperschaften (wofür schon die Madrider Konvention des Europarats von 1980 eine Grundlage bot), um gemeinsame Projekte anzugeben und um die eigene Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Binnenmarkt zu stärken.⁶⁵

Betrachtet man die bisherige Entwicklung der „Europaregion“, so wurden zwar eine Reihe nennenswerter Ergebnisse erzielt, doch hielt sich die Erfolgsbilanz insgesamt eher in Grenzen. Es fanden zwar gemeinsame Sitzungen der Landesregierungen mit entsprechenden politischen Absichtserklärungen statt. Die Vereinbarung über die Durchführung grenzüberschreitender kultureller Veranstaltungen ermöglichte gemeinsame historische Landesaussstellungen in Meran, Srams, Galtür und Hall. Weitere folgten im Trentino und in Südtirol. Im Bereich von Unternehmen, Handel und Gewerbe kam es zu Kooperationen, u. a. zu Lehrlingsaustausch, zur versuchswisen Einrichtung von zweisprachigen Klassen zwischen dem Trentino und Tirol, dem Bau gemeinsamer Radwege usw.⁶⁶ Durchschlagende und entsprechend publikumswirksame Erfolge der „Europaregion“ waren aber für die Öffentlichkeit diesseits und jenseits des Brenners kaum erkennbar, sodass sich wiederholt die Frage stellte, inwieweit dieses Konzept in der Bevölkerung wirklich anerkannt und verankert war.⁶⁷

In Bozen wurde nachträglich bedauert, dass Wien im EU-Beitrittsvertrag keinen Hinweis auf Südtirol einfügen ließ. SVP-Obmann Siegfried Brugger hatte sich bei Außenminister Alois Mock um eine Verankerung von Vorbehalten beim Beitritt zur Union bemüht. Das Außenministerium machte aber deutlich, dass nicht Österreich, sondern nur Italien solche einfordern könne.⁶⁸ Auch im Kontext der EU-Osterweiterung sollte die SVP die Frage der Verankierung der Südtirol-Autonomie gegenüber EU-Recht in Wien aufwerfen. Nun wurde erklärt, dass Vorbehalte nur von neuen Beitrittskandidaten, nicht aber von alten Mitgliedsstaaten geltend gemacht werden können. Die Südtiroler Autonomie verfügt daher auf EU-Ebene über keine formelle und konkrete Absicherung. Paket und Streitbeilegung bieten auch nur bedingt bzw. lediglich eingeschränkten Schutz vor EU-Rechtsnormen. Im Amsterdamer Vertrag von 1997 (in Kraft seit 1999) war die Anwendung des Gemeinschaftsrechts auf alle Gebiete

der Union festgelegt worden. Vorbehale zur räumlichen Anwendung der Autonomie wären u. a. hinsichtlich des Proporztes, des Sprachgruppenpenschutzes, der Ansässigkeitsklausel, der Volkszählung und der Schule in Südtirol relevant gewesen. Von österreichischer Seite war ein expliziter Hinweis aber ausgeblieben.⁶⁹ Die Frage, inwieweit solche Vorbehale durchsetzbar gewesen wären und warum sie nicht eingebbracht wurden, ist noch ein Forschungsdesiderat.

Seit 1. Februar 1998 war immerhin ein Rahmenübereinkommen des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten in Kraft gesetzt worden. Es handelte sich um das erste multilaterale völkerrechtliche Abkommen, das eigens diesem Thema gewidmet war. Es wurde von einer überwältigenden Mehrheit, d. h. von 36 der 40 Mitglieder des Europarats, angenommen. Andorra und Belgien unterzeichneten aus „technischen Gründen“ nicht, Frankreich und die Türkei lehnten das Abkommen grundsätzlich ab. Die Vereinbarung enthält eine Reihe zentraler Punkte auf dem Sektor des Minderheitenschutzes (u. a. Assimilierungsverbot, freie Zugehörigkeitsentscheidungen von Minoritätsangehörigen, Ortsnamens-Regelung, Unterricht, grenzüberschreitende Konakte). Zu den Schwachpunkten zählen die vielen Ermessensspielräume, allgemeine Klauseln, einschränkende Formulierungen sowie das Fehlen einer Begriffsdefinition von „nationaler Minderheit“. Den in die Pflicht genommenen Staaten wurde bei der Umsetzung ein großer Spielraum gegeben, zudem wurde auch auf die Einführung von Gruppenrechten bewusst verzichtet. Neben dem Minderheitenschutz könnten die am 5. November 1992 in Straßburg unterzeichnete Charta der Regional- und Minderheitssprachen sowie eine bisher lediglich diskutierte Autonomiekonvention das zukünftige „Europa der Regionen“ deutlicher profilieren.⁷⁰

Dynamisierungsversuche der Autonomie, Emanzipation Südtirols von Tirol und tendenzieller Autonomierevisionismus in Italien seit Mitte der neunziger Jahre

Wider Erwartungen trugen die Streitbeilegungserklärung und der Paketabschluss in der Autonomen Provinz Bozen nur wenig zur politischen Beruhigung bei. Wiederholte und bestimmter forderten SVP-Vertreter die Lösung Südtirols aus dem Abhängigkeitsverhältnis von der Region Trentino-Südtirol, einem Gebilde, das sie von Anfang an mehrheitlich abgelehnt hatten. Sie verlangten nun eine „dynamische“ Autonomie, die „ständig verbesserbar“ und „erneuerbar“ sein müsse, und die Bildung eines eigenen

⁶⁴ Keine Wiedervereinigung für Tirol, in: Dolomiten, 25./26. November 1995, S. 31; vgl. zur Theematik auch Hans-Jürgen PÖHLE, Staaten, Nationen und Regionen, in: Hubert Christian EHRELT (Red.), Europa (Wiener Vorlesungen im Rathaus 37), Wien 1995.

⁶⁵ So das Stichwort „Europaregion“ unter <http://www.europaregion.info/de/20.htm> [abgerufen am 26. Februar 2007].

⁶⁶ Rainer NICK/Günther PALLAVER, Jenseits von Grenzen. Die Europaregion aus der Sicht der Bevölkerung, Innsbruck 1998; zuletzt Simon M. M. LAIMER (Hrsg.), Euregio – quo vadis?, Wien/Bioz/Graz 2006.

⁶⁷ „Nicht mit Aland-Inseln vergleichbar.“ Brugger-Zeller: Vorbehale leider nicht erreicht – Verfassungsreform aber Fortschritt, in: Dolomiten, 14. Februar 2003, S. 14.

⁶⁸ Damokles-Schwert der „Vorbehale“. EU und Absicherung der Mindeheiten: Fallstricke in neuer italienischer Verfassung, in: Dolomiten, 12. Februar 2003, S. 13; zu dieser Thematik differenziert und tendenziell zuverlässlicher für die Südtiroler Autonomie: Gabriele N. TOGENBURG, Europas Integration und Südtirols Autonomie: Konfrontation – Kohabitation – Kooperation, in: Joseph MARKO u. a. (Hrsg.), Die Verfassung der Südtiroler Autonomie. Die Sonderrechtsordnung der Autonomen Provinz Bozen/Südtirol (Schriftenreihe der Europäischen Akademie Bozen/Institut für Föderalismus- und Regionalismusforschung, Minderheiten und Autonomien 7), Baden-Baden 2005, S. 451–494, hier 453–458 und 491–493, zur Vorbehaltsfrage und Österreichs EU-Politik S. 455, Anm. 15.

⁷⁰ Beate Sybille PEEL, Meilenstein und Bewährungstest, in: Dolomiten, 2. Februar 1998, S. 5.

„Bundeslandes“. Hierbei erhielten sie von Tirols Landeshauptmann Weingartner volle Unterstützung,⁷¹ in Rom und Trient dagegen wurden sie abgewiesen. Die Trentiner bestanden auf dem autonomen- und regionalpolitischen Status quo, der für Trients Landeshauptmann Carlo Andreotti eine „Lebensversicherung“, für Durnwalder hingegen nur eine leere Verpackung war.⁷² Die Region bezeichnete er als „leere Schachtel, aber wenn man eine leere Schachtel nicht wegwerfen will, dann soll man sie eben behalten. Nützlich ist sie nicht mehr.“⁷³

Österreich wurde nach der Streitbeilegung nicht müde zu betonen, dass „weiterhin Kontinuität“ in seiner Politik gegeben wäre: „Südtirol ist und bleibt ein Herzenslanden“, erklärte Außenminister Benito Ferrero-Waldner anlässlich des Südtirol-Gipfels in Innsbruck im Juni 2000. Neben Vertrauensstärkung und Informationsaustausch wollte man bei diesem Treffen insbesondere die völkerrechtliche Stellung Österreichs („Schutzmacht“) gegenüber Südtirol deutlich machen. Bei dieser Gelegenheit konnte Ferrero-Waldner bekanntgeben, dass ein Zusatzprotokoll zur Madrider Konvention unterzeichnet werde, das eine bessere grenzüberschreitende Kooperation und die Bildung eines länderübergreifenden Führungsgremiums ermögliche.⁷⁴

Rom bestätigte Wien die internationale Verankerung der Südtirol-Autonomie. In einem Brief, in dem Außenminister Lamberto Dini Ferrero-Waldner über die bevorstehende Verfassungsreform, die auch eine Abänderung des Autonomiestatuts mit sich brachte, informierte, wurde der internationale Charakter des „Südtirol-Pakets“ bestätigt, um die „notwendigen Absprachen“ im Sinne einer einvernehmlichen Lösung zwischen den beiden Staaten in dieser Frage durchzuführen. Die Modifikation des Autonomiestatuts sei mit den „Parlamentsabgeordneten der deutschen Sprachminderheit“ abgesprochen, die Außenministerin sollte jedoch ihre Meinung dazu kundtun. Die Reform konnte schließlich im Einvernehmen mit Österreich durchgeführt werden.⁷⁵ Südtirols Landeshauptmann Durnwalder war und ist sich angesichts der unsicheren regierungspolitischen Verhältnisse in Rom der anhaltenden Wichtigkeit der Projektorientierung Österreichs für Südtirol bewusst, aber er machte nicht nur der Ballhausplatz-Diplomatie, sondern auch via Medien klar, dass dies nicht zu Bevormundungen und Einmischungen führen dürfe. Damit wurde deutlich, dass nach 1992 eine Entkrampfung und Normalisierung eingesetzt, d. h. Südtirol sich nach der Streitbeilegung von seiner „Schutzmutter“ abzunabeln versucht und emanzipiert hatte. In einem Interview

erklärte Durnwalder im August 2000 unumwunden: „Ohne Österreich hätten wir diese Autonomie nie bekommen. Dessen bin ich mir voll und ganz bewusst. Nur geht es jetzt darum, die Kompetenzen, die wir mit Hilfe Österreichs gekriegt haben, zu verwalten. Und da muss man es schon uns überlassen, sie so zu verwahren, wie es für unser Land richtig ist. Ich habe oft das Gefühl, dass man den Übergang noch nicht ganz verkraftet hat. Es ist wie bei der Verheiratung einer Tochter: Man ist froh, dass es ihr gut geht, will sie aber trotzdem nicht ganz loslassen.“⁷⁶

Das Selbstbewusstsein der Südtiroler war gestiegen, nicht zuletzt auch aufgrund der Anerkennung und Belobigungen für die erzielte Autonomie. Im April 1999 hatte Italiens Wirtschaftsminister Carlo Azeglio Ciampi an Serben appelliert, sich an der Autonomie Südtirols ein Beispiel für den Kosovo zu nehmen. Es sei ein Modell des friedlichen Zusammenlebens, das sich nach einem halben Jahrhundert als sehr solide erwiesen habe. Das Exempel Südtirol lehne, dass die wirtschaftliche Integration der Schlüssel zur Vermeidung ethnischer Konflikte sei. Der Balkankonflikt berührte eine Region, die vom wirtschaftlichen Integrationsprozess nicht profitieren könne, der in Westeuropa die Nationalismus drastisch geschwächt habe.⁷⁷ Der Kosovokonflikt war im Frühjahr 1999 aber auf friedlichem Wege gar nicht mehr lösbar, der NATO-Krieg gegen „Rest-Jugoslawien“ bereits voll im Gange. Daher präzisierte Österreichs ehemaliger Südtirol-Staatssekretär und Botschafter Ludwig Steiner Ciampis Aussagen dahingehend, dass Südtirol kein Modell für rasche Lösungen sei. Die Situation sei einerseits speziell, um allgemein anwendbar zu sein, andererseits sei angesichts des jahrzehntelangen Ringens der Zeitfaktor in Betracht zu ziehen.⁷⁸ Steiner machte zudem deutlich, wie wichtig es war und ist, dass die Südtiroler in der Lage seien, „ihre eigenen Bedürfnisse klar zu formulieren und zu verhandeln“. Daneben sei die Geschlossenheit der Volksgruppe maßentscheidend gewesen, was durch die Sammelpartei SVP zum Ausdruck gekommen und in den internationalen Verhandlungen von Vorteil gewesen sei. Ein „internationales Netzwerk der Gesprächskultur“ führe auf Dauer eher zu einem Ergebnis als „starre Verträge“.⁷⁹

Es steht fest, dass die Südtiroler zuletzt wegen ihrer Autonomie europaweit von anderen Minderheiten beachtet und bewundert, wenn nicht sogar beneidet werden. Das ist freilich eine relativ unkritische Aufenwahrnehmung, die nur ohne Blick auf die inneren Verhältnisse modelhaft erscheint.⁸⁰ Gegenüber Rom trat das „Edelweiß“ – das Parteysymbol, das für die SVP steht – seit der Streitbeilegung frischer, kritischer und selbstbewusster auf. Parteiobmann Siegfried Brugger erklärte bei der 47. Landesversammlung der SVP im Jahre 2000, 1992 habe es gehießen, in Rom gebe es nichts mehr zu holen.⁸¹ Aus der angeblich ausgequerschten römischen Zitrone haben wir noch sehr viel Saft herausgepresst“, zitierte die Korrespondentin Elisabeth Baumgartner in der

⁷¹ „Bin für dynamische Autonomie“ Landeshauptmann Wendelin Weingartner: Begründigung der ehemaligen Aktivisten ist überfällig, in: Dolomiten, 20. Dezember 1996, S. 16.

⁷² Siehe Michael GEHLER, Das Ende der Südtirolfrage? Der lange Weg zur Streitbeilegung und die Folgen von 1972 bis 2000, in: Gottfried SÖLDERER (Hrsg.), Das 20. Jahrhundert in Südtirol. Zwischen Europa und Provinz 5; 1980-2000, Bozen 2003, S. 12-33.

⁷³ Zit. nach Was fällt Ihnen ein zu: Region, in: Dolomiten, 5./6. August 2000, S. 15; vgl. eine gleichlautende Aussage schon im Jahre 1998: „Region kein Autonomie-Schutz“ Durnwalder: Region ist leere Schachtel – Andreotti: ist eine Lebensversicherung, in: Dolomiten, 21./22. Februar 1998, S. 20.

⁷⁴ „Südtirol bleibt ein Herzensanliegen“ Benita Ferrero-Waldner beim Südtirol-Gipfel in Innsbruck: „Österreich bleibt Schutzmacht“, in: Dolomiten, 22. Juni 2000, S. 9.

⁷⁵ Kleiner Brief mit großer Wirkung. Dinis Schreiben an Ferrero-Waldner beweist „internationalen Charakter des Pakets“, in: Dolomiten, 28. November 2000, S. 13.

⁷⁶ Sommergespräch mit Landeshauptmann Durmwalder, in: Dolomiten, 5./6. August 2000, S. 15.

⁷⁷ „Südtirol ein Beispiel für Kosovo“ Minister Ciampi: Südtirols Modell des Zusammenlebens sollte Vorbild für Serben sein, in: Dolomiten, 12. April 1999, S. 3.

⁷⁸ „Kein Modell für rasche Lösungen“ Botschafter Ludwig Steiner heute Abend in Bozen: Vortrag über Südtirol-Autonomie, in: Dolomiten, 5. April 2000, S. 17.

⁷⁹ „Friedenszone im Herzen Europas“ Botschafter Steiner: Südtirol-Modell nicht wie Blaupause auf andere Länder umlegbar, in: Dolomiten, 7. April 2000, S. 16.

⁸⁰ Manuela ZAPPE, Das ethnische Zusammenleben in Südtirol, Frankfurt a. M. u. a. 1996.

österreichischen Tageszeitung „Die Presse“ Brugger.⁸¹ Die Autonome Provinz Bozen hatte im Zuge der italienischen Verfassungsreform tatsächlich erheblich profitiert und fungierte bei der Selbsterverwaltung der Steuererstattnahmen als Vorbild für andere italienische Regionen, die mehr Föderalismus forderten.

Mit der Wiederwahl des Medienmoguls Silvio Berlusconi zum italienischen Ministerpräsidenten 2001 kamen in Südtirol erhebliche Zweifel an der Autonomie- und Minderheitenfeindlichkeit der Regierung auf. In einer Vertrauensdebatte im Parlament in Rom machte Abgeordneter Karl Zeller – nachdem Berlusconi zunächst jeden Hinweis auf die Sonderautonomien und Sprachminderheiten unterlassen hatte – deutlich, dass kein Vertrauen in diese Regierung bestünde, während Parteiobermann Brugger für eine konstruktive Opposition eintrat, nachdem sich Berlusconi dann doch zu einer Aussage über die Autonomien und den Minderheitenschutz in Italien durchgerungen hatte.⁸² Nichtsdestotrotz blieben Konfliktfelder und ungelöste Probleme bestehen. Beim Staatsbesuch des österreichischen Bundespräsidenten Thomas Klestil im September 2002 in Rom blieben weitere Begnadigungsakte ehemaliger Südtiroler Parteitäter aus, ebenso beim Treffen der Präsidenten Heinz Fischer und Giorgio Napolitano im Juni 2007.⁸³

Am 6. Oktober 2002 votierte die Bozner Bevölkerung mit 62 Prozent für die Rückbenennung des Bozner „Friedensplatzes“ in „Siegesplatz“, so wie ihn die Faschisten ursprünglich benannt hatten. Mit Faschistengruß feierten die Anhänger der Alleanza Nazionale und ihr Chef Giorgio Holzmann den „Sieg“ Ex-Staatspräsident Francesco Cossiga war betrübt und beschämte über den „nationalistischen Revanchismus“: Es handele sich nicht um Post, sondern um Neofaschismus.⁸⁴ Der Schock war bald abgeklungen, ein hohes Maß an Nachdenklichkeit aber blieb bestehen. Denn es war kein rein (neo-)faschistisches Votum. Viele Italiener bekundeten damit ihren offenkundigen Mangel an Identifikationsmöglichkeiten in Bozen und Südtirol, indem sie sich an diesem anachronistischen Namen festkammerten. Viele sahen sich als Minderheit in der Minderheit, als Verlierer der Autonomie und sozial wie wirtschaftlich benachteiligt. Gab es Jahrzehntlang eine Südtirolfrage zwischen Österreich und Italien, die seit mehr als zehn Jahren außer Streit und gelöst war, so nun offenbar eine Italienerfrage in Südtirol, vor allem in Bozen. Der Ausgang der Siegesplatz-Abstimmung bedeutete auch eine Niederlage für die Südtiroler Politik. Offensichtlich war es trotz Liberalisierung, Modernisierung und Öffnung Bozens nicht gelungen, die beiden Volksgruppen

⁸¹ Elisabeth BAUDGARTNER, Südtirol hat römische Zitrone ausgepresst, in: Die Presse, 29. November 2000, S. 4.

⁸² Kein Vertrauen in diese Regierung. Karl Zeller begründet Nein-Stimmen der SVP – Angriffe auf Autonomie abwehren/Für eine konstruktive Opposition. Brugger erkennt Berlusconis Aussage zu Autonomien und zum Minderheitenschutz, in: Dolomiten, 22. Juni 2001, S. 2.

⁸³ Keine Gnade für „Puscha Buam“. Napolitano: Österreichern Rest- und Zusatzstrafe erlassen – „Lebenslang ausgeschlossen“, in: Dolomiten, 29. Juni 2007, S. 13.

⁸⁴ „Nicht Post-, sondern Neofaschismus“ Ex-Staatspräsident Cossiga in einem Brief an „Dolomiten“ -Chefredakteur Ebner: Sehr beschämmt, in: Dolomiten, 8. Oktober 2002, S. 1, 3 u. 5; zu Recht fragt Hans Haiss, Gelungene Pazifizierung? Die Stadt Bozen/Bolzano im Spannungsfeld nationaler und kultureller Auseinandersetzung 1919-1999, in: Roland MARRI (Hrsg.), Grenzkultur – Mischkultur?, Saarbrücken 2000, S. 209-239.

einander näherzubringen. Die Probleme allein auf Bozen zu reduzieren, wäre jedoch irrig. Wie soll eine Bevölkerung anders votieren oder gar umdenken, wenn ihr eigener Staat bis heute nicht bereit ist, eine ansatzweise offizielle Geste des Bedauerns für das in Südtirol und an Südtirolern durch den Faschismus in den zwanziger, dreißiger und vierziger Jahren Geschehene zu machen, und kein überzeugendes Konzept zur Besetzung der Lage der italienischsprachigen Bevölkerung in Südtirol vorlegen kann? Beides hätte viel früher schon zur Entkrampfung der Situation und zur Pazifizierung beitragen können. Rom hat dazu aber bisher keine oder nur wenig Veranlassung gesehen.

Dass in der Südtiroler Autonomiepolitik weiter Aufmerksamkeit erforderlich ist, bewiesen die Aussagen des italienischen Außenministers Franco Frattini, der Anfang 2003 behauptete, dass mit dem kommenden EU-Verfassungsvertrag, der dann 2005 an Frankreich und den Niederlanden scheitern sollte, bilaterale Verträge – gemeint war das Pariser Abkommen von 1946 – keine Gültigkeit mehr hätten und die Schutzmachtfunktion Österreichs gegenüber Südtirol aufgehoben würde. Verbale Rückzugsmärsche könnten den Eindruck nicht verwischen, dass bei derartigen Äußerungen der Wunsch Vaters des Gedankens war.⁸⁵ Mit dem Scheitern des EU-Verfassungsvertrags durch die negativen Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden im Jahre 2005 war die EU-Homogenisierungsproblematisität mit Blick auf die Südtiroler Autonomie vorläufig ad acta gelegt. Mit dem beschlossenen neuen EU-Grund- bzw. Reformvertrag von Lissabon im Jahre 2007, der 2009 in Kraft trat, wurde das Thema wieder aktuell.

Resümee

„Europa“ war für Südtirol in den vierziger und fünfziger Jahren ein Anker der Hoffnung, der nicht hielt, was er versprach. Die europäische Integration in ihrer forcierten Ausgestaltung sollte erst in den neunziger Jahren als günstiger Rahmen zur zwischenstaatlichen Konfliktbeilegung beitragen. Inzwischen hat der Integrationsprozess eine Intensität erreicht, der für die Südtiroler Autonomie sogar abträglich sein könnte,⁸⁶ wenn sie nicht sogar anachronistisch zu werden droht. Die Europäische Union ist nicht nur seit 1993 ein Binnenmarkt, sondern stellt auch einen immer dichter werdenden einheitlichen Rechtsraum dar und ist seit 1999 bzw. 2002 teilweise eine Wahlsunion. Konvergenz bzw. Homogenisierung haben einen so hohen Intensitätsgrad erreicht, dass sich die Frage nach der Berechtigung und Notwendigkeit von Autonomien in Europa stellt. So ein kurzes, vorläufiges und für die Südtiroler wenig ermutigend klingendes Fazit.

Europäisierung war eine übertriebene Hoffnung in den fünfziger und sechziger Jahren – zu stark war in diesen Jahrzehnten noch das nationalstaatliche Prinzip in Europa ausgeprägt. Heute ist die europäische Integration hingegen schon so weit fortgeschritten, dass sie nun selbst nicht mehr ausreichend Gewähr für regionale und

⁸⁵ Siehe das Interview Frattinis in: Dolomiten, 11. Februar 2003, sowie Reaktionen in: Dolomiten, 12. Februar 2003.

⁸⁶ Robert GRISMANN, Die Südtiroler Autonomie und die österreichische Schutzfunktion – Neue Entwicklungen aus österreichischer Sicht, in: Europa Ethnica 1 (2003), S. 10-17.

Provinziale Autonomien zu bieten scheint. Europäisierung bedeutet im Zeichen der Globalisierung nun Infragestellung und Gefährdung von derartigen Verwaltungsautonomien im EU-Rahmen. Die europäische Regionalisierung scheint nur ein schwaches Gegenmittel. Bleibt die bewährte Schutzmachtfunktion Österreichs, auf die weiterhin zurückzukommen sein wird, sollte es die politische Entwicklung in Rom erfordern.⁸⁷ Hinzu kommt aber noch eine andere, nämlich eine nicht autonome- oder schutzmachtpolitische, sondern vielmehr eine landespolitische Seite: Definierte sich die Tiroler Identität in der Neuzeit durch die Glaubenseinheit und die Abwehr von äußeren Bedrohungen und Einflüssen, so fand sie nach der Abtrennung Südtirols im 20. Jahrhundert einen neuen Inhalt im Kampf um die Landeseinheit gegen Italien und das „rote“ Wien. Zuletzt definierte sich die Tiroler Identität durch die europäische Einheit. Mit erfülltem „Paket“ und erfolgter Abgabe der Streitbeilegungserklärung 1992 stellte sich nicht nur für die Südtiroler Volkspartei, sondern auch für die Tiroler (Südtirol-) Politik die Frage einer neuen Standortbestimmung in Sachen Identität und Selbstverständnis. Ob diese in den kramphaften Fixierung auf eine Autonomie für eine Sprachgruppe zukunftsweisend sein und im viel beschworenen „Europa der Regionen“ eine adäquate Ausprägung und entsprechend breitenwirksamen Effekt erzielen kann, scheint eher fraglich. Eine Antwort auf die in den vergangenen Jahrzehnten von offizieller Seite wiederholt aufgeworfene Frage der Überwindung der Landestrennung ist für weite Teile der Bevölkerung, u. a. aufgrund der Abschwächung nationaler Gegensätze im Zuge der ökonomischen Integration Europas, weitgehend überflüssig geworden. Das gilt auch für die maßgeblichen Politiker nördlich, vor allem aber südlich des Brenners. Als im Jahre 2006 Italiens ehemaliger Staatspräsident Francesco Cossiga eine Volksabstimmung in Südtirol zur Diskussion stellte, wollten Südtirols maßgebliche Politiker gar nicht von ihr reden⁸⁸ – wohl auch aufgrund der ausgebauten Autonomie und des weitverbreiteten Wohlstands. Die Bilanz der Autonomen Provinz Bozen, des Landes Südtirol und seines Landeshauptmanns Durrwalder wird als glänzend bezeichnet,⁸⁹ während das Bundesland Tirol nicht mit gleichen Erfolgen aufwartet kann. Dort bröckelt die Machtstellung des Landeshauptmanns eher.⁹⁰ Der politische Einfluss der Südtiroler Vertreter hat auch in Rom nicht abgenommen. Ihre Macht führte 2007 sogar so weit, dass es die drei Senatoren der SVP in der Hand hatten, die Regierung Prodi zu Fall zu bringen.⁹¹ Erst in jüngster Zeit hat sich die Situation gravierend verändert.

Die Landeseinheit ist vor diesem Hintergrund offensichtlich kein großes Thema mehr – wahrscheinlich auch, weil diese im Grunde schon größtenteils wiederhergestellt worden ist, ohne dass dies groß bemerkt worden wäre. Man wird künftig hin

⁸⁷ Weiter auf bewährtem Weg. Christian Berlakovits (59) ist der neue österreichische Botschafter in Rom, in: Dolomiten, 16./17. Juni 2007, S. 22.

⁸⁸ Ist die Einheit Tirols noch das Ziel? Tiroler Schützen kritisieren die Politiker in Innsbruck und Bozen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. Februar 2007, S. 6.

⁸⁹ Heinz-Joachim Fischer, Vorbild Südtirol. Landeshauptmann Durnwalder legt eine glanzvolle Bilanz vor, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. September 2007, S. 10.

⁹⁰ Reinhard Ort, Wankende Ordnung. Im „Heiligen Land“ haben die Kirche und die ÖVP mit Verlusten zu kämpfen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. September 2007, S. 10.

⁹¹ Stefan Ulrich, Mächtige Südtiroler. Drei Senatoren haben es in der Hand, die Regierung Prodì zu stürzen, in: Süddeutsche Zeitung, 20./21. Oktober 2007, S. 10.

wohl ohne groß angelegte grenzüberschreitende Kooperationsformen auskommen können, zumal die Grenzen „in“ Europa ihre Bedeutung verloren haben, zumindest die Grenzkontrollen und Zollschränken verschwunden sind.⁹² Kann daher noch von einer Überwindung der Grenzen gesprochen werden? Ist noch auf das unbedingte Festhalten von Sonderautonomien Wert zu legen? Tirol hat bereits zu einem guten Teil wieder zu seiner Einheit zurückgefunden, ohne dass dies den Menschen in diesem Raum richtig bewusst geworden wäre oder sie dies auch nur wirklich annähernd interessiert hätte. Dieser bemerkenswerte Vorgang ist zu einer Selbstevidenzlichkeit geworden und mag als sichtliches Zeichen einer politischen Normalisierung und Ausdruck der überwundenen Trennung interpretiert werden: Mit dem EU-Binnenmarkt und seinen „Vier Freiheiten“ (freier Verkehr von Personen, Dienstleistungen, Waren und Kapital), der Einheitswährung und dem Wegfall der Grenzkontrollen ist Tirol seiner „Landeseinheit“ weit näher gekommen, als man es vor 15 bis 20 Jahren noch zu hoffen wagte und zu glauben vermochte. Auch vor diesem Hintergrund wird „Autonomie für Südtirol“ fragwürdiger. Der tirolische Raum hat von dem seit den neunziger Jahren intensivierten europäischen Integrationsprozess insgesamt profitiert, ist seit 1995 als Ganzes in der EU angekommen und hat seine Einheit in der europäischen Vereinigung wiedergefunden. Dies wird über vorhandene gewachsene und historische Unterschiede nördlich wie südlich des nicht mehr als Zollgrenze existierenden Brenners hinausgehen und Gemeinsamkeiten sowie das Zusammenwachsen weiter befördern. Skeptische National- und Zentralstaaten könnten daran kaum mehr etwas ändern, zumal das historische und regionalpolitische Sonderbewusstsein nach wie vor ungebrochen ist. Durch die Erfahrung der kleiner gewordenen Welt im Zeichen des „global village“ hat sich das Selbst-Bild von Tirol und Südtirol verändert. Tatsächlich sind durch Europäisierung und Globalisierung die beiden Landesteile wieder mehr zusammengetrückt.

⁹² Michael Gehler, Der Brenner: Vom Ort negativer Erfahrung zum historischen Gedächtnisort oder zur Entstehung und Überwindung einer Grenze in der Mitte Europas (1918–1988), in: Michael Gehler / Andreas Pudlar (Hrsg.), Grenzen in Europa, Hildesheim/Zürich/New York 2009, S. 145–182.

Städte und Raumbildung

HANNES OBERMAIR	
Stadt und Territorium in Tirol.	121
Streiflichter aus Mittelalter und Früher Neuzeit
HELMUT FLACHENBECKER	
Städtedlandschaften in Franken
133	

Klosterlandschaften

JOSEF RIEDMANN	
Klöster und geistliche Herrschaften Tirols im Mittelalter
149	
STEFAN PETERSEN	
Die geistlichen Gemeinschaften im mittelalterlichen	
Bistum Würzburg: Ein Überblick
157	

Historisierung und Propaganda

HANS HEISS	
„Bayerisch-tirolische Waffenbrüderschaft 1915“ – Mythos	
und Wirklichkeit im Rahmen einer langen Beziehungsgeschichte
269	
WOLFGANG ALTGELD	
1809 als Thema der bayerischen und Tiroler Landesgeschichte
291	

Wechselbeziehungen Franken – südliches Tirol

HELMUT ALEXANDER	
Edle Tropfen – Weinbau in Franken und in Südtirol.
307	

Kunst als Exportgut

LEO ANDERGASSEN	
Kulturttransfer Franken–Tirol
331	
STEFAN KUMMER	
Würzburg und die Kunst Italiens
355	
Autoren und Herausgeber
Orts- und Personenregister
368	
369	